



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Entwicklung und Chancen
junger Menschen
in sozialen Brennpunkten

5. Zielgruppenkonferenz der Vertreter/innen von Städten und Gemeinden der E&C-Gebiete

**„Nachhaltigkeit“ – Ein Qualitätsmerkmal
sozialräumlicher Arbeit**

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“
Narzarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon 0 30. 457 986-0
Fax: 0 30. 457 986-50
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartner:
Andreas Hemme

Layout:
MonteVideo Mediadesign

Redaktion:
Andreas Hemme, Antje Klemm

Inhalt:

- 4 **Vorwort**
Andreas Hemme, Regiestelle E&C,
Stiftung SPI, Berlin
- 5 **Bildung für Nachhaltigkeit – Lernofferten für
junge Menschen in sozialen Brennpunkten**
Dr. Gregor Lang-Wojtasik, Universität Erlan-
gen
- 113 **Handlungsfeld Partizipation**
**Partizipation von Kindern und Jugendlichen –
Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit**
Matthias Bartscher, Kinderbüro Stadt Hamm
- 20 **Handlungsfeld Ökonomie-Ausbildung-Arbeit**
Übergänge nachhaltig schaffen
Heike Wolff, Ausbildungsgemeinschaft
Neubrandenburg
- 25 **Nachhaltigkeit im kommunalen Dialog**
**Verfahren und Instrumente eines Qualitäts-
prozesses**
Rolf-Joachim Heger, Stiftung SPI, Berlin
- 51 **Ist die Nachhaltigkeitsdebatte eine Diskus-
sion der „Alten“ über die „Jungen“?**
**Jugendbeteiligung im Nachhaltigkeits-
prozess aus der Sicht junger Menschen**
**(Wir diskutieren mit, wenn über uns disku-
tiert wird)**
Ina Epkenhans, Jugendbündnis für Johannes-
burg
- 55 **Programm**
- 56 **Teilnehmer/-innen**

**Andreas Hemme,
Regiestelle E&C, Stiftung SPI, Berlin**

Vorwort

Ziel nachhaltigen Handelns ist eine ausgewogene Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generationen und den Lebensperspektiven künftiger Generationen. „Generationsgerechtigkeit“, „Zukunftsdiebstahl“ und „Zukunft als Ressource“ sind zentrale Begriffe in der Nachhaltigkeitsdebatte und lösten in den letzten Jahren ein Umdenken auch in der jugendpolitischen Diskussion und ein Nachdenken über nachhaltige Handlungsstrategien in der Jugendhilfe aus. Die Krise des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme sowie die allgemeine Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen haben für Kinder und Jugendliche eine herausragende Bedeutung. Gerade in benachteiligten Stadtteilen kumulieren Chancenungleichheiten für Kinder und Jugendliche. Dies betrifft vor allem den Bildungsbereich, den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung, die Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, die Möglichkeit an Beteiligungsverfahren mitzuwirken, die höhere Betroffenheit von Umweltbelastungen usw. Für junge Menschen in benachteiligten Stadtgebieten ist deshalb eine nachhaltige Entwicklung in allen Lebensbereichen von besonderer Dringlichkeit.

Diese Dokumentation soll konkrete Handlungsansätze zum Thema „Nachhaltigkeit im E&C-Prozess“ vorstellen und zum Erfahrungsaustausch anregen. Dazu werden nachhaltige Strategien insbesondere in den Feldern Bildung, Partizipation, Ausbildung und kommunales Handeln präsentiert. Gregor Lang-Wojtasik von der Universität Erlangen gibt Anregungen für eine nachhaltige Bildungsagenda und entwickelt Qualitätskriterien, mit denen die Nachhaltigkeit einer Bildungsmaßnahme gemessen werden kann. Matthias Bartscher vom Kinderbüro der Stadt Hamm führt aus, wie Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf ein nachhaltiges Fundament gestellt werden kann und welche Anforderungen sich auf der individuellen und auf der staatlich-institutionellen Ebene ergeben. Darüber hinaus wird über konkrete Erfahrungen mit Beteiligung berichtet. Heike Wolff von der Ausbildungsgemeinschaft Neubrandenburg stellt dar, wie nachhaltige Strukturen zur Integration benachteiligter Jugendlicher in Arbeit und Ausbildung geschaffen werden können. Darüber hinaus präsentiert Rolf-Joachim Heger von der Stiftung SPI konkrete Verfahren und Instrumente eines Qualitätsprozesses, um einen kommunalen Nachhaltigkeitsdialog zu strukturieren und zu begleiten. Ganz besonders beeindruckend

ist es schließlich, wenn Ina Epkenhans vom Jugendbündnis für Johannesburg die Sichtweise der Jugend auf die Nachhaltigkeitsdebatte darstellt, die ja zumeist von den älteren Generationen dominiert wird. Mit diesem Angebot hoffen wir, den inflationär genutzten Begriff der „Nachhaltigkeit“ mit konkreten Handlungsempfehlungen zu füllen und allen engagierten Akteuren Mut zu machen, nachhaltige Strategien im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen und voranzutreiben.

Ein herzlicher Dank gilt allen Referent/innen und Teilnehmer/innen für die aktive Mitgestaltung der Konferenz.

Gregor Lang-Wojtasik, Universität Erlangen-
Bildung für Nachhaltigkeit.
Lernofferten für junge
Menschen in sozialen Brennpunkten

Vorbemerkungen

Bei der Vorbereitung meines Vortrages ist mir eine kürzlich erschienene Publikation aufgefallen, die mich „nachhaltig“ beeindruckt hat. Das Buch „Jugend schreibt Zukunft“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung ist vor wenigen Tagen erschienen und ich möchte es Ihnen nachhaltig empfehlen. Unter der Fragestellung „Was bedeutet nachhaltige Entwicklung für mich?“ sind sehr unterschiedliche Texte in Schreibwerkstätten mit Jugendlichen entstanden. Einen Text werde ich zu Beginn, einen weiteren am Ende meiner Ausführungen präsentieren.

Nachhaltige Entwicklung

Christina Gramss, 18 Jahre, Frohburg

„Nachhaltige Entwicklung ist die Balance zwischen GEBEN und NEHMEN!
Dieses Gleichgewicht sollte in zwischenmenschlichen Beziehungen, im Verhältnis zur Natur und all ihren Lebewesen sowie in allen politisch-sozialen Geschehnissen VERWIRKLICHT werden!!
Es ist nie zu spät, dazu etwas beizutragen – ob JUNG oder ALT!
Denn die Zukunft liegt in unseren Händen!
Wir können es uns nicht leisten, damit VERANTWORTUNGSLOS umzugehen!
Vielleicht ist nachhaltige Entwicklung für uns die LETZTE CHANCE!!!“
(Rat für Nachhaltige Entwicklung 2002, S. 113)

Mit diesen einleitenden Worten ist der Kontext meines Thema bereits umrissen. Ich werde in meinem Beitrag auf drei Themenkomplexe eingehen:

- Was sind die Hauptaspekte des Nachhaltigkeitskonzeptes und einer Bildung für nachhaltige Entwicklung?
- Was ermöglicht Menschen Bildung für Nachhaltigkeit?
- Wie kann das Konzept einer Bildung für Nachhaltigkeit für die Praxis konkretisiert werden?

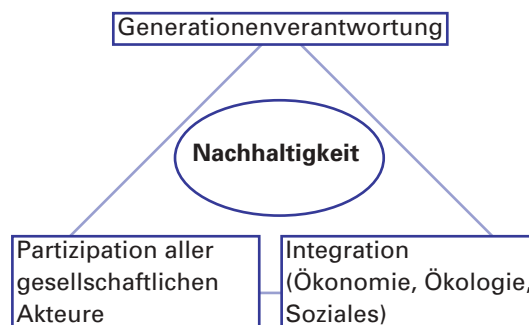
Hauptaspekte des Nachhaltigkeitskonzeptes und von Bildung für Nachhaltigkeit

a) Begriff ‚Nachhaltigkeit‘

Aus meiner Sicht macht es wenig Sinn, den Nachhaltigkeitsbegriff immer wieder neu zu definieren, die Vielzahl der Definitionen hervorzuheben und die Begriffsgeschichte des Nachhaltigkeitsbegriffes erneut zu wiederholen. Vor dem Hintergrund der Rio-Konferenz von 1992 und der Johannesburg-Konferenz von 2002 lege ich folgendes Verständnis von Nachhaltigkeit zugrunde: „Nachhaltige Entwicklung wird allgemein als eine Entwicklung verstanden, die ‚die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können“ (Hauff 1987). Verbunden ist damit die Aufforderung, Umwelt- und Entwicklungsinteressen zu vereinen sowie ökologische Zielsetzungen mit sozialen Zielen zur Deckung der Grundbedürfnisse und Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen zu verbinden. Dies setzt eine funktionierende und zugleich wettbewerbsfähige Wirtschaft voraus. Zur Nachhaltigkeit gehört eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die sich auf den Ausgleich zwischen den Generationen genauso bezieht wie auf den innerhalb einer Generation (Altner/Michelsen 2001). Generell strebt nachhaltige Entwicklung eine Verbindung von Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und sozialer Entwicklung an [...] (Bericht der Bundesregierung 2001, S. 6–7).

Nachhaltigkeit oder Nachhaltige Entwicklung basiert in diesem Verständnis auf drei Grundprinzipien:

- Prinzip der Generationenverantwortung; beinhaltet die Beachtung der Belange nachfolgender Generationen
- Integrationsprinzip; Verknüpfung sozialer, ökonomischer und ökologischer Ziele
- Partizipationsprinzip; Stärkung der Eigenverantwortung der verschiedenen Akteure (Wirtschaft, Wissenschaft, gesellschaftliche Gruppen, einzelne Bürgerinnen und Bürger) (ebd., S. 7).



b) Nachhaltigkeit als umfassende gesellschaftliche Herausforderung und Bildungsauftrag

Bisher ist das Nachhaltigkeitskonzept vor allem im Solidaritätsbereich verankert – sowohl im Umwelt- als auch im Entwicklungsbereich. Die gesellschaftliche Debatte um Nachhaltigkeit bietet diesen engagierten Gruppen und Institutionen zweifellos die Chance, stärker in den Fokus gesellschaftlicher Aufmerksamkeit zu rücken und neue Formen der Zusammenarbeit zu finden.

Es besteht gleichwohl die Gefahr, dass das Thema nur bei diesen Gruppen bleibt – gerade weil es hier in der Regel moralisch sehr „aufgeladen“ kommuniziert wird. Es ist aber von entscheidender Bedeutung, unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte zu integrieren und gemeinsam dazu beizutragen, dass das Konzept in der Breite der Gesellschaft, bei Entscheidungsträgern und Meinungsführern zunehmend auf Resonanz stößt.

Bildung für Nachhaltigkeit blickt auf eine Theorietradition zurück (z.B. De Haan 2002; Seitz 2002; Scheunpflug/Schröck 2000). Ohne an dieser Stelle auf die einzelnen Debatten eingehen zu wollen, sei Folgendes erwähnt. Im Jahre 1996 erschien die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996). Erst in der Folge bemühte man sich darum, über Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen von Bildungsprozessen und Lernmöglichkeiten nachzudenken (Scheunpflug 1997).

Unter dem Dach einer Bildung für Nachhaltigkeit lassen sich zwei Konzeptionen bündeln, die aus unterschiedlichen Theorielinien stammen, die weit vor der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ihren Anfang haben. Beide Konzeptionen bieten heute vor dem Hintergrund eines erweiterten Verständnisses von Nachhaltigkeit verschiedene Offerten, Nachhaltigkeit als Bildungskonzept zu formulieren:

Bildung für nachhaltige Entwicklung mit ihrem Ursprung in der Umwelterziehung und -bildung (Überblick: z.B. Rost 2002).

Globales Lernen mit seinem Ursprung in der entwicklungspolitischen Bildung, seinem Schwerpunkt auf globaler Gerechtigkeit und mit engen Bezügen zur „Dritte-Welt“-Pädagogik, Entwicklungspädagogik, zum ökumenischen Lernen, zur interkulturellen Bildung, Friedenspädagogik und ökologischen Bildung (Überblick: z. B. Lang-Wojtasik/Lohrenscheit 2003)¹

Wichtiger als die Debatte um die Geschichte und Wertigkeit von Begriffen ist meines Erachtens das Nachdenken über Kriterien für Nachhaltigkeit im Allgemeinen und über Kriterien einer Bildung für Nachhaltigkeit im Besonderen. Ich werde dies im Folgenden vor allem aus Sicht des zweiten Theoriestranges – des Globalen Lernens – tun.

c) Kriterien für Nachhaltigkeit

Die eingangs vorgestellte Definition von Nachhaltigkeit mit dem Prinzip der Generationenverantwortung, dem Integrations- sowie Partizipationsprinzip bietet an manchen Stellen großen Interpretationsspielraum. Bereits bei einem Blick in verschiedene Medien fällt auf, dass Nachhaltigkeit in aller Munde zu sein scheint, z.B.:

- Nachhaltige Umgestaltung der Sozialversicherungssysteme: Darunter verstehen einige die Sanierung der Staatsfinanzen als kurzfristiges Projekt, andere eine gerechtere Verteilung der Belastung und Erträge. Was heißt aber in diesem Zusammenhang überhaupt Generationengerechtigkeit?
- Nachhaltige Energieversorgung: Einige verstehen darunter die Förderung regenerativer Energien im Sinne einer Ressourcenschonung, andere denken an den Ausbau der Atomkraft, da diese – kurzfristig gedacht – im Vergleich zur Kohlenutzung weniger Emissionen erzeugt, ohne aber gleichzeitig an die langfristigen Folgen eines Super-Gaus oder die Endlagerungsfrage zu denken.
- Nachhaltige Verkehrspolitik: Darunter verstehen einige die Förderung schadstoffärmerer und ressourcensparender Autos sowie eine massive Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, andere meinen damit eine Stärkung der Autoindustrie zur Sicherung von Arbeitsplätzen.
- Nachhaltige Demokratie: Einige verstehen darunter die Möglichkeit des Wählens und Gesprächs mit dem Wahlkreisabgeordneten, andere denken bei diesem Begriff an aktive Basisdemokratie, die sich in partizipativen Prozessen bis hin auch zu Volksentscheiden ausdrückt.

Es gäbe eine Vielzahl weiterer Beispiele. Festzuhalten ist, dass „Nachhaltig“ ein Label zu sein scheint, dass auf Vieles geklebt werden kann, ohne im Sinne des oben dargelegten Nachhaltigkeitsverständnisses als nachhaltig eingeschätzt werden zu können.

Welche Kriterien sollen aber für ein Thema gelten, das als ‚Nachhaltigkeit‘ bezeichnet wird? Es gibt mehrere Ansätze – auch auf Ebene der UN oder der EU –, Kriterien oder Indikatorensysteme zu entwickeln. Sie alle nehmen eine Eingrenzung der Handlungsfelder vor und versuchen dabei, ökologische, ökonomische, politische, soziale und kulturelle Kriterien zu berücksichtigen. In der Regel sollen sie politisches Handeln orientieren.

1) Die Zeitschrift für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik (ZEP) beschäftigt sich mit Fragen von Entwicklung, Umwelt und anderen Querschnittsproblemen sowie ihrer Vermittlungsproblematik, wie sie seit 1987 unter dem Begriff nachhaltige Entwicklung diskutiert werden, seit Ende der 70er Jahre. Für das hier diskutierte Thema seien zwei Ausgaben empfohlen: Rio + 10. 10 Jahre nach dem Weltgipfel – ZEP 25(2002)1, ‚Jugend und Globalisierung‘ – ZEP 25(2002)3; Bezug: IKO-Verlag, Postfach 90 04 21, 60444 Frankfurt/M.

d) Nachhaltigkeit als Herausforderung für Menschen in vier Sinndimensionen

Auch für eine Bildungsagenda wäre es meines Erachtens wichtig, sich vorläufig auf einige zentrale Kriterien der Nachhaltigkeit zu verständigen. Im Folgenden möchte ich eine Systematisierung (im Anschluss an Scheunpflug 1996; Scheunpflug/Hirsch 2000) vorschlagen, die der Komplexität, die mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs einhergeht, am umfassendsten Rechnung trägt. Bildung für Nachhaltigkeit stellt die Lebensmöglichkeiten von Menschen in den Mittelpunkt. Sie sind auf verschiedenen Ebenen mit Aspekten der Nachhaltigkeit konfrontiert. Hilfreich ist es daher, vier Sinndimensionen zu unterscheiden: Sache, Raum, Zeit, Sozial. Mit Hilfe dieser Sinndimensionen beschreibe ich in einem ersten Schritt Nachhaltigkeit als Herausforderung für Menschen und denke ich in einem zweiten Schritt über Lernmöglichkeiten als Umgang mit diesen Herausforderungen nach.

Sachdimension

Bildung für Nachhaltigkeit fokussiert ökologische, ökonomische, politische, soziale und kulturelle Aspekte. Damit ist in der Sachdimension die Auseinandersetzung mit verschiedenen Phänomenen verbunden – z.B. Globalisierung, Arbeitslosigkeit, Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung, Migration und Entwicklungsfragen. Diese Aspekte berühren alle Menschen weltweit in verschiedenem Ausmaß. Eine Auseinandersetzung mit ihnen stellt für viele Menschen eine Überforderung dar, weil für sie die gesamte Komplexität der Aspekte nicht durchdringbar scheint.

Raumdimension

Bildung für Nachhaltigkeit fragt nach den Lebensmöglichkeiten für Menschen in räumlicher Dimension. Es geht um die Lebensmöglichkeiten aller Menschen. Damit kommen nicht nur die Wohlhabenden in den Blick, sondern vor allem jene, die nicht am Wohlstand teilhaben können. Es geht um die Lebensbedingungen der Armen – im kirchlichen Sinne gesprochen um die „Option für die Armen“. Mittlerweile reicht aber die Option von Solidarität zwischen Nord und Süd nicht mehr. Vielmehr kann die Diskrepanz zunehmend nicht auf den „armen Süden“ und den „reichen Norden“ beschränkt werden. Armut ist als globales Phänomen sichtbarer geworden. Es geht also generell um jene, die weniger haben, als man selbst.

Zeitdimension

Bildung für Nachhaltigkeit verweist in der zeitlichen Dimension auf die Zukunft. Es geht darum, im Jetzt die Lebensmöglichkeiten der nachfolgenden Generation im Auge zu behalten. Gerade vor dem Hintergrund eines sich beschleunigenden sozialen Wandels und damit

einhergehender weltweiter Veränderungen wird dies zunehmend schwieriger.

Sozialdimension

Bildung für Nachhaltigkeit verweist in der sozialen Dimension auf die Überzeugung, dass Leben mit Blick auf die Zukunft nur gemeinsam gelingen kann. Durch die Betonung der Lebensmöglichkeiten aller Menschen wird damit gleichzeitig die Natur deutlich in den Dienst des Menschen gestellt. Naturschutz, Klimaschutz, Biodiversität etc. sind zwingend notwendig – sie sind es aber um der Menschen willen und nicht per se. Die Option der Armen und damit die Frage nach der Gerechtigkeit für menschenwürdiges Leben ist die Perspektive, aus der heraus Umweltschutz, Naturschutz und Klimakonventionen abgeleitet werden. Gleichzeitig verändern sich – v.a. durch den rasanten sozialen Wandel – individuelle Lebenswelten massiv. Fremdheit und Vertrautheit werden zur Einheit in der Differenz. Kontingente Lebenswelten werden sichtbar.

Wie kann diesen nachhaltigen Herausforderungen konstruktiv begegnet werden?

e) Lernen als Umgang mit globalen Herausforderungen

Bildung für Nachhaltigkeit stellt das Lernen von Menschen in den Mittelpunkt. Bildung für nachhaltige Entwicklung, bzw. der Text der Agenda 21 interpretiert den Handlungsbedarf für nachhaltige Entwicklung – implizit – letztlich als eine Lernkrise. Menschen handeln nicht offenkundig von sich aus nachhaltig, sondern müssen dieses lernen. Gelernt werden müssen neue Inhalte und Themen der Nachhaltigkeit. Dies alleine wäre aber deutlich zu wenig. Vielmehr geht es vor allem um zentrale Schlüsselkompetenzen:

- In der Sachdimension geht es darum, den Umgang mit Wissen und Nichtwissen zu lernen und angesichts großer gesellschaftlicher Komplexität zu lernen, Entscheidungen unter Unsicherheit zu fällen sowie Wirkungen und Nebenwirkungen zu bedenken. Der Umgang mit Komplexität wird zur zentralen Herausforderung für Lernen.
- In der Raumdimension geht es um den Umgang mit Offenheit und Begrenzung in einer sich globalisierenden Weltgesellschaft mit all ihren Begleiterscheinungen. Die individuelle Lebenssituation hängt eng mit Menschen zusammen, die nur bedingt Teil der eigenen Lebenswelt sind. Die intensive Beschäftigung mit Widersprüchen der Weltgesellschaft und das kennen lernen anderer Perspektiven sind eine Herausforderung für pädagogische Prozesse.

- In der Zeitdimension geht es um den Umgang mit Ungewissheit. Der Umgang mit Unsicherheit und das Lernen, diese auszuhalten, ohne fundamentalistischen Lösungen den Vorzug zu geben, wird eine zentrale Schlüsselqualifikation der Zukunft. Selbstsicherheit in einer weltgesellschaftlich offenen Welt zu erreichen, die sich gleichzeitig offen auf gesellschaftlichen Wandel einlässt, ist eine große pädagogische Herausforderung.
- In der Sozialdimension geht es um den Umgang mit Vertrautheit und Fremdheit. Menschen müssen lernen, mit Fremdem angemessen umzugehen und Vertrautes nicht per se als einzig Richtiges zu akzeptieren – eine anspruchsvolle Lernaufgabe. Sozialerziehung erhält eine bisher noch nicht da gewesene abstrakte Dimension, Solidarität eine Haltung, die über den Nahbereich hinausgeht.

Wie können diese Lernaufgaben mit dem Prinzip von Partizipation in Verbindung gebracht werden?

f) Partizipatives Lernen

Diese Lernnotwendigkeiten mögen vielleicht dann in seltsamer Spannung zum Anspruch auf Partizipation stehen, wenn dieser auf den Lernanlass ausgedehnt wird. Die Lernherausforderungen einer Bildung für Nachhaltigkeit verlangen eine hohe Abstraktionsleistung im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen und sozialer Zusammenhänge. Kulturell ist der Menschheit in vielen Gebieten der Naturwissenschaften bereits eine gewaltige Abstraktionsleistung gelungen, beispielsweise als sich durch Galileo Galilei die abstrakte Erkenntnis der Erdbahn jenseits der unmittelbaren Anschauung durchsetzte. Auch heute müssen wir lernen, hinsichtlich sozialer Entwicklungen von unserem unmittelbaren Menschenverstand zu abstrahieren. Brunnen bohren kann den Wasserstand senken und das Trinkwasser gefährden, Altkleiderexporte und Hilfe kann die Produktivität einer Gesellschaft senken, die Subventionierung der Landwirtschaft in Deutschland – zunächst unmittelbar einsichtig – gefährdet weltweit Arbeitsplätze etc. Diese komplizierten Zusammenhänge zu verstehen, muss gelernt werden. Es ist davon auszugehen, dass eine solche Lernanstrengung nicht motivational von alleine entsteht. Von daher muss Bildung für Nachhaltigkeit der selbstverständliche Bildungsanspruch einer Gesellschaft, unabhängig von den persönlichen und individuellen Interessen von Schülern, Lehrern, im sozialen Bereich Tätigen, Bürgern und Politikern wer-

den.

Dieser Bildungsanspruch kann aber – und das ist bemerkenswert – nur angemessen in partizipativen Lernprozessen umgesetzt werden, will er nicht zu einer leeren Hülse verkommen. Mathematik *lernt man* durch rechnen – und *ein abstraktes Verständnis der Weltgesellschaft durch gesellschaftliches Handeln!* Mit einer solch „zweiten Kopernikanischen Revolution“ (Annette Scheunpflug) wird deutlich: Bildung für Nachhaltigkeit ist Bildungsauftrag und zugleich partizipatives Angebot.

Insofern verknüpfen sich hier typische Lernmerkmale aus dem formalen Bildungswesen mit dem zivilgesellschaftlichen Lernen in Nicht-regierungsorganisationen, Jugendverbänden und anderen Institutionen. Kompetenzen für Nachhaltigkeit werden sich nur in innovativen Lernprozessen entwickeln lassen und nur in Gesellschaften und Institutionen, die sich selber als „lernende“ definieren.

g) Bildung für Nachhaltigkeit und das Problem der Überforderung

Ein solches Lernkonzept ist extrem anspruchsvoll, sowohl im Hinblick auf die ethische und kognitive Dimension, als auch im Hinblick auf Handlungskompetenzen. Es birgt das Problem potenzieller Überforderung. Schließlich leben und arbeiten Menschen nicht im luftleeren Raum, sondern sie erleben in ihrem Alltagsleben enorme Sachzwänge – hinsichtlich der Entscheidungsspielräume in Firmen, des eigenen finanziellen Rahmens, der eigenen Suche nach Arbeit und so fort. Vor diesem Hintergrund steht Bildung für Nachhaltigkeit im Spagat, einerseits Ansprüche formulieren zu müssen, um etwas zu erreichen, auf der anderen Seite aber gleichzeitig nicht zu überfordern. Die Sichtbarmachung von schon kleinen Erfolgen ist deshalb ebenso unabdingbar wie Barmherzigkeit mit den eigenen Konzepten und Ansprüchen.

Das Engagement für Bildung für Nachhaltigkeit bedarf deshalb dringend staatlicher und zivilgesellschaftlicher Unterstützung. Bund und Länder investieren zur Zeit erhebliche Ressourcen in die konzeptionelle Ausformulierung und Erprobung eines solchen Konzepts im Kontext schulischen Lernens. Das BLK-Programm „21 – Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Laufzeit: 1999 – 2004) bietet eine Konkretisierung des hier beschriebenen Bildungskonzeptes. Derzeit werden Strukturen der Implementierung dieses Bildungsbereichs erprobt und stabilisiert.

Interessen und Motive – Was ermöglicht Menschen Bildung für Nachhaltigkeit?

Um zu wissen, was Menschen Bildung für Nachhaltigkeit didaktisch leichter macht, lohnt

sich ein Blick auf Grundfragen des Lernens (vgl. zusammenfassend Scheunpflug 2001). Wie bereits ausgeführt, muss Bildung für Nachhaltigkeit vor dem Hintergrund globalen Lernens als eine Lernherausforderung begriffen werden. Soziale Zusammenhänge werden von Menschen in ihrer angeborenen Vernunft über Nahbereichspräferenzen bearbeitet – was wir kennen, das können wir beurteilen, dafür können wir sorgen, das ist uns ans Herz gewachsen. Fremde Menschen und gesellschaftliche Zusammenhänge umsorgen wir eher weniger. Zudem sind Menschen aus biologischer Perspektive individuelle Nutzen-Optimierer. Sie handeln meist aus Eigennutz – und sei er sehr langfristig oder auf die eigene Familie bezogen. Biologen haben inzwischen sogar empirisch sehr gesättigt zeigen können, dass Altruismus im engeren Sinne des Wortes, d.h. ohne jeden Eigennutz, kaum existiert.

Aber, und das ist das entscheidende: es gibt durchaus häufig egoistisches Handeln, das dem Nutzen aller dient. Es gibt Ärzte, Krankenschwestern, Politiker, etc. die ihren eigenen Egoismus leben, aber damit dennoch Wohlfahrt für viele ermöglichen.

Es ist zu erwarten, dass Bildungsanstrengungen für Nachhaltigkeit dann eine umso höhere Wirksamkeit erreichen, wenn sie unmittelbar am Nutzen für den Einzelnen ansetzen. Dieser Nutzen kann sich auf unterschiedlichen Ebenen zeigen:

- Durch die Energiesparmaßnahmen am Haus, in der Schule oder anderen Einrichtungen kann Geld gespart werden, das für andere Projekte dann zur Verfügung steht (Fifty-Fifty).
- Bildung für nachhaltige Entwicklung kann Freude und Spaß machen und sinnstiftend für das eigene Leben wirken.
- Bildung für Nachhaltigkeit kann zu Qualifikationen führen, die Menschen als ‚Komplexitätsmanager‘ ausweisen oder interkulturelle Kompetenz deutlich machen.
- Bildung für Nachhaltigkeit kann zu interessanten Erlebnissen führen.
- Bildung für Nachhaltigkeit kann soziale Anerkennung bringen. Dann ist es nötig, entsprechendes Engagement sichtbar zu machen und zu würdigen.

Was kann dies konkret für Aktivitäten an der Basis, also auch konkret im Kontext des E&C-Prozesses bedeuten?

Anregungen für eine nachhaltige Bildungsagenda

a) Rahmenüberlegungen

Zunächst lohnt es, zu überlegen, in welchem Rahmen und auf welcher Basis nachhaltige Lernprozesse ermöglicht werden können. Dazu ein paar Vorschläge – ohne Anspruch auf Vollständigkeit (in Anlehnung an einen Vortrag von Reißmann/Scheunpflug 2002):

■ **Regeln von Gruppen und Institutionen auf Nachhaltigkeit ausrichten:** Innerhalb sozialer Gruppen und Institutionen ist es möglich, Regeln aufzustellen und daran anknüpfende gemeinsame Normen festzulegen. Viele Schulen z.B. verfügen über Verhaltensregeln, viele Institutionen über ein Leitbild. Es ist hilfreich, diese Regeln auf das Leitbild der Nachhaltigkeit zu orientieren. Wichtig ist die Erfahrung, dass sich Zusammenleben auch nach Kriterien der Nachhaltigkeit organisieren lässt.

■ **Ermöglichung komplexer Wissens- und Verstehenshorizonte:** Es ist bekannt, dass mehr Wissen nicht unbedingt zu einer Verhaltensänderung führen muss. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass besseres Verständnis von Zusammenhängen der Bereitschaft förderlich ist, gesellschaftliche Aufgaben eher wahrzunehmen – z.B. politische Vereinbarungen und Maßnahmen zur Nachhaltigkeit mitzutragen. Wichtige Aspekte dieses Wissens und Verstehens sind Einübung in „vernetztes und antizipatorisches Denken“, Kennen lernen von Perspektivenwechseln, Einübung in selbstreflexives Handeln sowie anwendungsorientierte Verbindung abstrakter Sachverhalte mit praktischen Problemen.

■ **Praxisbeispiele und Modelle als konkrete Handlungsperspektiven:** Bedeutsam ist, dass Menschen immer wieder und in möglichst allen gesellschaftlichen Bereichen die Erfahrung machen können, dass es überzeugende oder zumindest interessante Beispiele für zukunftsfähige oder nachhaltige Innovationen oder Problemlösungen gibt – dazu zählen z.B. neue Technologien, neue Produktions- und Lebensformen.

■ **Individuelle Möglichkeiten der Mitgestaltung:** Im Rahmen der hier beschriebenen Bildung für Nachhaltigkeit und ihrer pädagogischen Konsequenzen ist die Entwicklung vielfältiger Aufgaben und Angebote hilfreich, die unterschiedliche, individuelle, vielfältige Fähigkeiten und Interessen ansprechen und auch durch dieses Charakteristikum mit dem Konzept von Nachhaltigkeit in Verbindung gebracht wer-

den können. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Dabei wird von einem selbstständigen und selbstverantworteten Lernen ausgegangen, z.B.:

1. der „Computerfreak“ scharft Gleichgesinnte um sich und gemeinsam werden sie zu ‚Energiemanagern‘ der Schule oder der außerschulischen Einrichtung,
2. der eher künstlerisch interessierte Schüler initiiert – zusammen mit seinem Moderatoren-Kollektiv – das „Radio Nachhaltigkeit“, das einmal im Monat auf Sendung geht und Berichte über Aktivitäten im Bereich nachhaltiger Entwicklung in Schule und Stadtteil bringt,
3. die eher ökonomisch orientierte Schülerin wird die Sprecherin des „Eine Welt Ladens“ und organisiert – zusammen mit einer AG – die „Schülerfirma Weltladen“.

■ **Nachhaltigkeit als Alltagskonzept:** Nachhaltigkeit ist eigentlich etwas Alltägliches. Als solches muss es wahrscheinlich stets neu kommuniziert werden. Denn in der Alltäglichkeit liegt gleichzeitig die Innovation: Nachhaltigkeit fordert täglich zu neuen Ideen heraus – ganz selbstverständlich, alltäglich eben. Hierin liegt die Chance verschiedener Bildungseinrichtungen und die besondere Möglichkeit der Kooperation schulischer und außerschulischer Einrichtungen. Hierzu kann auch gehören, dass erinnernde Sonderaktionen (auch mit Preisen und Auszeichnungen) durchgeführt werden oder an die Alltagsrituale stets erinnert wird.

■ **Kooperation und Netzwerkbildung:** Neben der konkreten Arbeit in Schulen ist die enge Zusammenarbeit aller denkbaren Träger im Bildungs- und Sozialbereich notwendig, um gemeinsame Strategien zu verfolgen und vernetzte Aktivitäten zu ermöglichen. Hier können verschiedene Aspekte eine Rolle spielen, die in Zusammenarbeit von Schule und außerschulischen Einrichtungen durchgeführt werden – z.B. Auseinandersetzung mit neuen Medien, Erkundungen im Stadtteil und Organisation von Führungen für die Bewohner/innen des Stadtteils. Die verschiedenen Programme sollten idealerweise in eine Netzwerkstruktur eingebettet sein, um sich über die eigenen Grenzen hinaus profilieren zu können. Ein spezifisches nachhaltiges Schulprofil (z.B. Umweltschule, Agenda-Schule, Eine-Welt-Schule) oder Profil einer außerschulischen Bildungsinitiative eröffnet noch mehr Potential, wenn dies in lokale, regionale, nationale und/oder internationale Partnerschaften und Netzwerke eingebunden ist.

■ **Offensive Öffentlichkeitsarbeit:** Darüber

hinaus ist eine breite Öffentlichkeitsarbeit wünschenswert, die durch die Kommunikation des Nachhaltigkeitskonzeptes über den Tellerrand der konkreten Institution hinaus vielfältige Lernmöglichkeiten schafft (z.B. Stadtteilzeitung, Stadtteilradio, Homepage).

■ **Auseinandersetzung mit und Infragestellung von Rahmenbedingungen:** Das Konzept der Nachhaltigkeit fordert ausdrücklich zur Partizipation auf. Dazu kann z.B. gehören, sich aktiv an politischen Gestaltungsprozessen zu beteiligen, die Nachhaltigkeit beeinflussen – im Rahmen von Schule oder außerschulischen Bildungseinrichtungen (z.B. Kinder- und Jugendparlament). Darüber hinaus ist die Teilhabe an Gestaltungsprozessen in kommunalen Entscheidungsgremien denkbar. Auch ist vorstellbar, nationale und internationale Steuerungsinstrumente zur Debatte zu stellen (z.B. Ökosteuer, Tobin-Steuer), diese kritisch zu reflektieren und in einem kleinen Maßstab zu erproben.

Um diese Ideen im Sinne des hier vertretenen Nachhaltigkeitskonzeptes nutzen zu können, sind Kriterien hilfreich, an denen Lernofferten im Sinne von „Bildung für Nachhaltigkeit“ gemessen werden können. Abschließend werden daher vier Qualitätskriterien vorgeschlagen, die zur Bewertung von Maßnahmen im Kontext einer Bildung für Nachhaltigkeit auf der Grundlage Globalen Lernens fungieren können.

b) Qualitätskriterien

Wie oben bereits ausgeführt: Nicht alles ist nachhaltig, was als solches bezeichnet wird. Daher möchte ich vier Qualitätskriterien nennen, an denen die Nachhaltigkeit einer Bildungsmaßnahme gemessen werden kann:

1. **Lebensmöglichkeiten von Menschen im Mittelpunkt:**

Bildung für Nachhaltigkeit stellt die Option für die Lebensmöglichkeiten von Menschen in den Vordergrund. Dabei müssen die Lebensmöglichkeiten der jeweils anderen Menschen in räumlicher und zeitlicher Dimension stets mitgedacht werden.

2. **Umgang mit Abstraktheit und Komplexität:**

Die Lernprojekte sollen einen Beitrag leisten zur Einübung in komplexes – und damit abstraktes – soziales Denken. Da Menschen als Nahbereichswesen verstanden werden können, werden viele Bildungsvorhaben dieses vermutlich auf konkreten Wegen tun – in konkreter Solidaritätsarbeit oder in konkreter Begegnungsarbeit. Diese Projekte werden aber ihrem Bildungsauftrag nicht

ganz gerecht, wenn sie die gemachte Erfahrung nicht zumindest von Zeit zu Zeit in eine abstrakte Dimension überführen oder diskutieren.

3. Nachhaltiger Nutzen des Engagements und Spaß am Tun:

Bildung für Nachhaltigkeit sollte den Nutzen der Arbeit jeweils deutlich machen. Nutzen kann ein Engagement in vielfältigen Perspektiven haben – es sollte aber immer daran gedacht werden, dass der individuelle Nutzen auch sichtbar gemacht wird – und genossen werden darf.

4. Umgang mit Ungewissheit:

Globales Lernen ist in seinen individuellen und gesellschaftlichen Folgen immer ungewiss. Es kann alles ganz anders kommen als man denkt – und das muss mitgedacht werden. Das Wissen um die Ungewissheit ist zwar schwierig auszuhalten, baut aber großer emotionaler Enttäuschung und wachsendem Fundamentalismus vor.

Nachhaltigkeit in sachlicher, räumlicher, zeitlicher und sozialer Dimension ist eine Herausforderung für das menschliche Lernen und das Bildungswesen!

Zum Abschluss möchte ich einen weiteren Kurztext einer Schülerin präsentieren, die sich in einer Schreibwerkstatt mit „Nachhaltigkeit“ beschäftigt hat.

Glashaus

Jutta Schitke, 17 Jahre, Borna

„Manchmal kommt es mir vor, als würden wir in einem Glashaus sitzen – jedoch mit verspiegelten Innenwänden, so dass uns alles klar und durchsichtig erscheint – mit uns als einzig wahrer Realität.

Wir leben in unserer eigenen Welt, abgekapselt von der Wirklichkeit, ein Leben in unseren Vorstellungen, ohne auch nur einen Blick nach rechts oder links zu wagen.

Können wir überhaupt noch zwischen wichtig und unwichtig unterscheiden? In dieser Schutzatmosphäre verschließen wir die Augen.

Diese sterile Umgebung ist frei von sozialen Problemen wie Armut, Obdachlosigkeit, Behinderung, Gewalt, Konfrontation mit Andersdenkenden, anderen Kulturen, Religionen, Lebensauffassungen.

Dafür haben wir ein bequemes, komfortables Leben.

Nun sollte dann niemand den Fehler machen, dieses Haus zu verlassen, denn dann müsste er erkennen, wie schnell das Glas zerspringen kann und wie scharf diese Scherben sind.“ (Rat für Nachhaltige Entwicklung 2002, S. 11)

Literatur

Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Bonn 2001; veröffentlicht unter: ftp://ftp.bmbf.de/011212bfne_bericht_kabinetfassung.pdf, 25.4.2002.

BUND/Misereor (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie. Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser 1996.

De Haan, Gerhard: Die Kernthemen der Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: Zeitschrift für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik (ZEP) 25(2002)1, S. 13-20.

Lang-Wojtasik, Gregor/Lohrenscheid, Claudia: Entwicklungspädagogik – Globales Lernen – Internationale Bildungsforschung. 25 Jahre ZEP. Frankfurt/M.: IKO 2003 (im Erscheinen).

Rat für nachhaltige Entwicklung (Hg.): Jugend schreibt Zukunft. Gedanken und Bilder zur Nachhaltigkeit. München: ökom 2002.

Reißmann, Jens/Scheunpflug, Annette: Hamburger Kongress 10 Jahre nach Rio. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 10 Jahre nach Rio: Eine Bildungsagenda für Hamburg. Unveröffentlichtes Manuskript. Hamburg 2002.

Rost, Jürgen: Umweltbildung – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Was macht den Unterschied? In: Zeitschrift für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik (ZEP) 25(2002)1, S. 7-12.

Scheunpflug, Annette: Biologische Grundlagen des Lernens. Berlin: Cornelsen Scriptor 2001.

Scheunpflug, Annette: Die Entwicklung zur Weltgesellschaft als Herausforderung für das menschliche Lernen. In: Zeitschrift für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 19(1996)1, S.9-14.

Scheunpflug, Annette: ‚Zukunftsfähiges Deutschland‘ – eine verpaßte Lernchance? Anmerkungen aus evolutiv-theoretischer Sicht. In: Noormann, Harry/Lang-Wojtasik, Gregor (Hg.): Die Eine Welt der vielen Wirklichkeiten. Pädagogische Orientierungen. Festschrift für Asit Datta. Frankfurt/M.: IKO 1997, S. 187-198.

Scheunpflug, Annette/Hirsch, Klaus (Hg.): Globalisierung als Herausforderung für die Pädagogik. Frankfurt/M.: IKO 2000.

Scheunpflug, Annette/Schröck, Nikolaus: Globales Lernen. Einführung in eine pädagogische Konzeption zur entwicklungsbezogenen Bildung. Stuttgart 2000.

Seitz, Klaus: Bildung in der Weltgesellschaft. Gesellschaftstheoretische Grundlagen Globalen Lernens. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel 2002.

ZEP – Zeitschrift für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 25(2002)1 – Schwerpunkt ‚Rio + 10. 10 Jahre nach dem Weltgipfel‘.

ZEP 25(2002)3 – Schwerpunkt ‚Jugend und Globalisierung‘.

Dr. phil Gregor Lang-Wojtasik, geb. 1968 in Witten, Grund- und Hauptschullehrer, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg

berg, Veröffentlichungen u.a.: „Konstrukte oder Realität? – Perspektiven Interkultureller Bildung“ (Hg., zus. mit Hartmut Griese, 1996), „Die Eine Welt der vielen Wirklichkeiten. Pädagogische Orientierungen“ (Hg., zus. mit Harry Noormann, 1997), „Bildung zu Self-Reliance. Reformpädagogische Ansätze aus dem Süden. Hannover (Hg., zus. mit Asit Datta, 1998), „Bildung für alle! Bildung für alle? Zur Theorie non-formaler Primarbildung am Beispiel Bangladesch und Indien“ (2001), „Bildung zur Eigenständigkeit. Vergessene reformpädagogische Ansätze aus vier Kontinenten“ (Hg., zus. mit Asit Datta, 2002), „Entwicklungspädagogik – Globales Lernen – Internationale Bildungsforschung. 25 Jahre ZEP“ (Hg., zus. mit Claudia Lohrenscheit, 2003, im Erscheinen).

Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit!?

Der Vortrag am Vormittag hat deutlich gemacht, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ fachliche Implikationen hat, die ihn von dem allgemeinen Sprachgebrauch dieses Wortes unterscheiden. Auf dem Hintergrund der Agenda 21 geht es um die Berücksichtigung globaler Zusammenhänge, um Generationengerechtigkeit und das Zusammenspiel wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Faktoren zu einer sozial gerechten und ökologischen Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ kennzeichnet Entwicklungen, die diese Aspekte berücksichtigen.

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen nimmt in der Agenda 21 eine herausragende Stellung ein, wie die Abschlussreferentin ausführlich deutlich machen wird. Ihre These ist, dass eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Sinne der Agenda über die heutigen Standards der Beteiligung hinausgeht. Während die durch KJHG und UN-Kinderrechtskonvention fundierte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen immer noch sehr starke pädagogische Implikationen hat, weil Erwachsene definieren, welche Inhalte Kinder und Jugendliche betreffen und wie Altersunterschiede angemessen berücksichtigt werden, zielt die Agenda 21 auf eine umfassende politische Beteiligung aller Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf alle Zukunftsfragen ab, weil nur sie stellvertretend für die zukünftigen Generationen Entscheidungen mit großer Reichweite verantworten können.

In diesem Horizont bewegt sich mein Vortrag, der versucht, auf der theoretischen Ebene Antwort auf die Frage zu geben, ob und wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein Beitrag zur Nachhaltigkeit ist, und auf der praktischen Ebene Erfahrungen zu skizzieren, die Ansatzpunkte für Nachhaltigkeit bieten.

Fragestellung

Vor diesem Hintergrund leiten zwei Fragestellungen meinen Vortrag:

1. Wie kommen wir zu einer Nachhaltigkeit der „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“? Denn bis heute gibt es kaum gesellschaftlich durchgreifende und dauerhafte Ansätze der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Vielmehr sind die meisten praktischen Beispiele temporär, sind als Modellprojekte zeitlich befristet, hängen von der politischen Modernität oder vom Engagement konkreter Personen ab.
2. Welche Ansatzpunkte für Nachhaltigkeit im Sinne des Eröffnungsvortrages lassen sich

bei der „Partizipation von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen“ entdecken? Mein besonderes Interesse galt in den letzten Jahren der Verbesserung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen; durch meine Arbeit als Stadtteilkoordinator¹ in einem E&C-Gebiet in Verbindung mit meiner Rolle als Kinderbeauftragter richtete sich mein Augenmerk auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die sich nicht automatisch daraus ergab, dass über der Hammer Stadtteilarbeit die Überschrift „sozial- und bewohnerorientiert“ stand. Der Vortrag bietet einen willkommenen Anlass, in den Erfahrungen nach „Nachhaltigkeits-Spuren“ zu suchen.

Vorbemerkungen

- Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist überwiegend eine temporäre Angelegenheit. Es gibt weder einen hinreichend konkreten Rechtsrahmen² noch dauerhaft tragfähige Strukturen bei Trägern und in Kommunen (vgl. DJI 1999, Bartscher 1998).
- Selbst Ansätze mit dem Anspruch der Nachhaltigkeit unterliegen den gleichen Rahmenbedingungen und sind damit nicht nachhaltig. In Hamm gab es eine intensive Phase der Auseinandersetzung mit der Agenda 21; gerade der Kinder- und Jugendbereich, organisiert in einer speziellen Untergruppe des Arbeitskreises Agenda 21, legte den Schwerpunkt auf die Umsetzung der Partizipationsforderungen. Auf dem Höhepunkt der Entwicklung trafen sich 150 Fachkräfte zu einer Fachtagung und diskutierten über Konsequenzen, wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern sei. Zwei Jahre später ist das Thema von der Tagesordnung verschwunden, von der Qualitätsdebatte in den Kindertageseinrichtungen und der Jugendarbeit und dem Pisa-Drama in den Schulen verdrängt. Auffällig ist, dass über Qualität und Schulentwicklung nun wieder ohne Einbeziehung der Betroffenen geredet wird.
- Diese Phänomene beziehen sich nicht nur auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, sondern auf die Demokratisierungsphänomene insgesamt.

Grundsätzliches

Ich baue hier auf Überlegungen auf, die ich an anderer Stelle (Bartscher 1998, 2000, 2001) ausführlich veröffentlicht habe und hier nur thesenartig zusammenfasse:

1. Grundsätzlich gibt es in der politischen Partizipation zwei Perspektiven: einerseits die individuelle, subjektive Perspektive von Einzelnen oder Gruppen, andererseits die staatliche Perspektive, in der Entschei-

1) bundesweit hat sich eher der Begriff des Quartiersmanagers durchgesetzt.

2) Hier ist sicher zu unterscheiden zwischen der generellen Kinderrechtssituation, die nicht mehr so beklagenswert ist wie vor 15, 20 oder 30 Jahren, und konkreten Ausführungsbestimmungen für die Umsetzung des generellen Rechtsanspruchs auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (vgl. Bartscher/Kriener 2001)

Träger gesetzliche Beteiligungsräume organisieren oder neue Beteiligungsräume schaffen. Diese Perspektiven stehen einander oft unvermittelt, manchmal auch unvermittelbar gegenüber.

2. Ein vernachlässigtes Thema ist das der politischen Verantwortung in der politischen Partizipation. Während über die Verantwortung des Staates und von Politikern gern und oft geredet wird, mehr Handlungsspielräume zu eröffnen, Beteiligung ernst zu nehmen und Ressourcen für Partizipation zu schaffen, steht der Aspekt der individuellen Verantwortung jedes Mitgliedes einer politischen Gemeinschaft – dass ein Gemeinwesen nur funktionieren kann, wenn sich politisch Handelnde nicht nur auf die Durchsetzung egoistischer Interessen beschränken, sondern Gemeinwohlaspekte respektieren und mitbedenken – meist weniger im Vordergrund der Diskussion.
3. Demokratie funktioniert heute leider nicht mehr idealerweise so, dass diejenigen, die politische Entscheidungen treffen, von den Folgen der Entscheidung betroffen sind, während die jeweils Betroffenen praktisch keinen Einfluss auf die Entscheidungen haben (vgl. hierzu auch Meyer 1994: 29ff.). Aufgrund des Repräsentationsprinzips unserer parlamentarischen Demokratie sind Entscheidungsmacht und Betroffenheit voneinander abgekoppelt, so dass in den meisten politischen Entscheidungen diejenigen, die die Auswirkungen spüren, kaum eine Möglichkeit haben, unmittelbar Einfluss zu nehmen und die Entscheidung zu ihren Gunsten zu gestalten. Mit repräsentativen Beteiligungsformen in der Kinderpolitik wird diese ungünstige Politikstruktur reproduziert und fortgeschrieben. Das gleiche gilt für Anhörungen und Sprechstunden, bei denen die Kinder und Jugendlichen nichts mehr mit der Bearbeitung und Umsetzung ihrer Anliegen zu tun haben. Als Konsequenz ergibt sich hieraus, dass eine Politik mit Kindern sich nicht ausschließlich auf repräsentative Verfahren und Aktionen der Meinungsäußerung beschränken sollte.

Wenn auf dem Hintergrund dieser Überlegungen das Ziel ist, eine Nachhaltigkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu erreichen, ergeben sich folgende Aspekte für eine politische Partizipation, die man analog zu der vorherigen Differenzierung unterscheiden kann in Anforderungen an politische Individuen und Anforderungen an die staatliche Gestaltung von Beteiligung:

- A: Anforderungen auf der individuellen Ebene:**
- Entwicklung der Haltungen, des Wissens

über und der strategischen Fähigkeiten für Beteiligungsmöglichkeiten: Auch wenn auf Seiten der staatlichen Institutionen bezogen auf die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern Manches im Argen liegt, so sollte man nicht verleugnen, dass es auch bei den politischen Individuen subjektiv zu verantwortende Defizite gibt. Egoistische Haltungen („nur mein Anliegen zählt“), das verbreitete St.-Floriansprinzip („Zünd's Haus des Nachbarn an“), Ignoranz und Arroganz in Unkenntnis realer politischer Bedingungen sind weit verbreitet und verhindern gelungene politische Prozesse. Darüber hinaus führen mangelnde strategische Fähigkeiten dazu, dass politisches Engagement oft auch bei bestem Willen und guten Absichten erfolglos bleibt. Auch wenn Ansätze zur politischen Bildung heute auf weiter Front fehlen und auch nicht am Horizont erkennbar sind, so sind sie doch für eine dauerhafte politische Belebung unumgänglich.

- **Dauerhafte Bereitschaft zu gemeinwesenorientiertem Engagement:** Zu dem vorher Gesagten gehört auch, dass sich eine positive Veränderung in Richtung mehr Demokratie nur einstellen kann, wenn mehr Menschen als bisher bereit sind, sich für das jeweilige Gemeinwesen zu engagieren – egal ob in der Schule, im Verein oder in kommunalen Institutionen.

- **Erlebte Vorbilder politischen Engagements für Kinder und Jugendliche in der Lebenswelt** sind als Voraussetzung zu einer politischen Motivierung von Kindern und unabdingbar notwendig. Wenn es richtig ist, dass das Vorbild von Menschen in der Familie und im sozialen Nahbereich eine der stärksten Prägungskräfte ist (und zwar unabhängig von ihren verbalen Bekundungen und Belehrungen), dann gilt dies auch für die politische Sozialisation. Dies betrifft nicht nur Eltern und Familienangehörige, sondern auch Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen und Erzieher/innen. Unter ihnen ist bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen die Gefahr besonders groß, politisches Engagement von Kindern einzufordern, ohne eine politische Existenz vorzuleben.

B: Auf der staatlich-institutionellen Seite

- Eine nachhaltige Verbesserung der politischen Partizipation von nennenswerten Gruppen der Bevölkerung wird nur durch eine **Verstärkung der partizipativen Ausrichtung des politischen Systems** zu erreichen sein. Das betrifft sowohl die Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, obwohl hier aufgrund des gegenläufigen

Trends der Globalisierung und Internationalisierung wenig Hoffnung auf kurzfristige Besserung besteht, als auch den kommunalen Raum und insbesondere den der pädagogischen Institutionen. Verstärkte partizipative Strukturen sind hier in vielfacher Weise denkbar und möglich. Allerdings kann dieser Weg nur erfolgreich sein, wenn nicht nur die Seite der individuellen Beteiligungsrechte verbessert wird, sondern durch die entsprechenden Strukturen auch die Notwendigkeit zu einer verstärkten Übernahme von Verantwortung für Gemeinwesenbelange berücksichtigt wird.

■ **Dauerhafte Schaffung und Verbesserung von Beteiligungsrechten:** Dies betrifft ebenfalls vor allem den kommunalen Raum. Die entsprechenden kommunalen Satzungen und Beschlüsse bilden die Basis der verstärkten partizipativen Ausrichtung.

■ **Verbesserung der Mitarbeiter/innenkompetenzen und der Mitarbeiter/innenmotivation** (auch und gerade bei pädagogischen Fachkräften): Ein zentraler Faktor für den Erfolg von Kinder- und Jugendbeteiligung, aber auch der Bürgerbeteiligung ist die Qualifizierung der durchführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ob politische Konflikte erfolgreich moderiert werden, ob Entscheidungsabläufe zur Zufriedenheit möglichst vieler laufen, ob Beteiligungsvoraussetzungen (aufgrund von Alter, Sozialschicht oder sprachlicher Einschränkungen) berücksichtigt werden, hängt auch von der Fähigkeit der jeweiligen Mitarbeiter ab, Partizipationsprozesse erfolgreich zu moderieren.

Ob diese Voraussetzungen irgendwann einmal erfüllt sein werden und ob wir dem Ideal einer demokratischen Gesellschaft einmal näher kommen, bleibt mehr als fraglich. Doch bilden sie Hürden, ohne deren Überwindung die Agenda 21 nicht umgesetzt werden wird.

Erfahrungen und Entwicklungen in Hamm – Nachhaltigkeit als dauerhafte Absicherung von Rahmenbedingungen und Strukturen

Im folgenden möchte ich thesenartig auf einige Erfahrungen und Ergebnisse der Arbeit in Hamm eingehen:

Stadtteilarbeit als Rahmen

Partizipation macht insbesondere in benachteiligten Stadtteilen wenig Sinn, wenn sie als isolierte oder einmalige Strategie realisiert wird. Weder bringen die Bewohner/innen unmittel-

bare Bereitschaft und Fähigkeiten mit, noch bestehen aktuelle Umsetzungschancen für die geäußerten Interessen und Bedürfnisse. Zudem besteht die Gefahr, dass aufgrund der meist hohen Konfliktrichtigkeit die Ergebnisse der einen Gruppe (z.B. ein erneuerter Spielplatz) von einer konkurrierenden Gruppe wieder zerstört werden. Heute gilt es als Standard, dass in „Stadtgebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf“ nur integrierte Strategien hilfreich sind, in denen Institutionen verschiedener Handlungsfelder, Ämter und Träger kooperativ zusammenarbeiten. Die Entwicklung stadtteilorientierter Arbeitsstrukturen bildet somit eine unverzichtbare Vorbedingung für eine erfolgreiche Partizipation von Kindern und Jugendlichen (vgl. Stadt Hamm 2002a und b, Bartscher 2001).

Beispiel für die langfristigen Wirkungen von Partizipationsprojekten, die durch die Stadtteilarbeit ermöglicht wurden, sind zum Beispiel die Auswirkungen der Streifzüge mit Kindern und Jugendlichen, die im Hammer Norden 1993 und 1994 bei der Erarbeitung des städtebaulichen Rahmenplans durchgeführt wurden. Der Rahmenplan griff eine Reihe von Themen aus den Streifzügen auf; ihre Umsetzung erfolgte aber dann vor allem durch die langfristige beharrliche Arbeit engagierter Akteure in einem Klima guter fachbereichsübergreifender Arbeit. So wurden Bebauungspläne, die im Siedlungsrandgebiet Hochhausbebauung vorsahen, geändert, um Brachflächen zu schützen, die einen hohen informellen Spielwert hatten. Eine Wohnungsbaugesellschaft griff – nach mehrfachen neuen Initiativen des Stadtteilbüros – das Thema „Wohnungsnahes Spielen“ auf und sanierte das Wohnumfeld umfassend unter dem Primat der Beispielbarkeit. Gefährdungspunkte im Verkehr wurden durch den Bau von Querungshilfen beseitigt, und seit 2001 wird an der Umgestaltung von drei innerstädtischen Plätzen mit dem Ziel der spielerischen Aufwertung gearbeitet.

Nachhaltigkeit der Rahmenbedingungen: Das Beispiel der Stadtteiljugendhilfe

Ein zentrales Problem von modellgeförderter Stadtteilarbeit ist die Tatsache, dass die Finanzierungen befristet sind. Ziel des Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ in NRW ist es, kommunale Verantwortung für die Übernahme der unter der Modellförderung entwickelten Arbeitsansätze herauszufordern. Dies ist oftmals schwierig, weil die finanziellen kommunalen Rahmenbedingungen dies selten zulassen.

Im Hammer Norden war seit Ende der neunziger Jahre klar, dass die Förderung durch Land

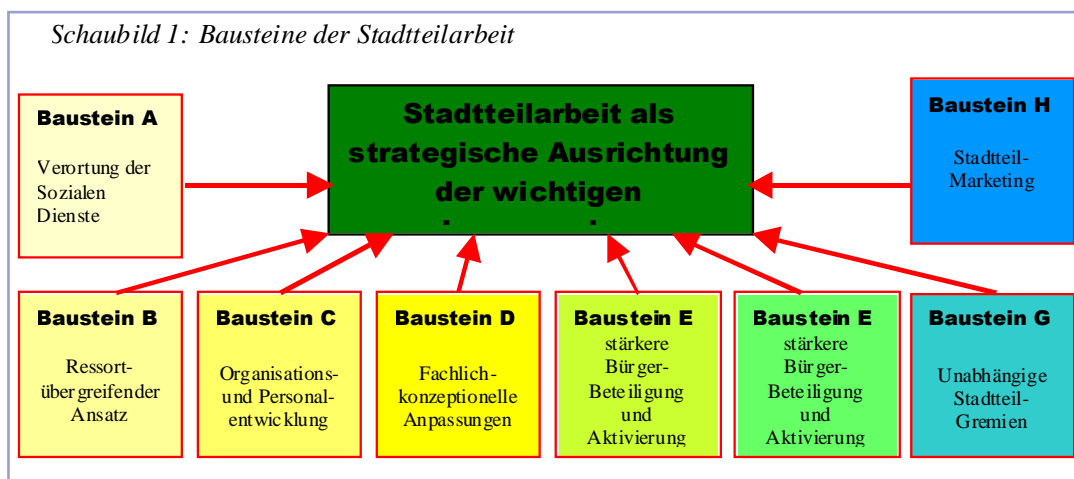
und Bund in absehbarer Zeit auslaufen würde. Die Signale der kommunalen Entscheidungsträger deuteten an, dass eine Weiterförderung im gleichen Umfang kaum realisierbar sein würde, dass aber die Arbeit getragen wurde und im Kern weitergeführt werden sollte. So begann ein spannender Arbeits- und Aushandlungsprozess der beteiligten Träger und der kommunal Verantwortlichen, in dem es gelang, zielorientiert und kooperativ Lösungen für eine Weiterführung der Projekte zu entwickeln. Während der Prozess für das Stadtteilbüro und die Spiel- und Lernhilfe eine Reduzierung der Leistungen und Angebote im Umfang bedeutete, ohne die Konzeption und Trägerschaft zu ändern, wurde im Bereich der Jugendarbeit, in dem zuvor vier verschiedene Träger mit einem hohen Koordinationsaufwand tätig waren, das Konzept und die Trägerstruktur völlig überarbeitet, um unter dem Ziel der Effektivität und der Erhaltung eines bewährten Kernangebotes eine Weiterarbeit zu gewährleisten.

Im Ergebnis wurde eine Fördersituation entwickelt, in der die Kommune im Umfang von

Die Nachhaltigkeit von Stadtteilarbeit: Strategische Erweiterung des Kommunalreformprozesses

Eine weitere Ebene von Nachhaltigkeit kennzeichnet die Frage, welche Spuren Modellförderungen wie die oben genannten sonst in einer Kommune hinterlassen. Bleiben die Ansätze der Stadtteilarbeit beschränkt auf Stadtteile, die die Modellförderung erhalten, oder transferieren Kommunen diese Erfahrungen auch innerhalb ihres Verantwortungsbereichs?

In Hamm werden zur Zeit Überlegungen angestellt, was aus den Erfahrungen der Stadtteilarbeit im Hammer Norden und Westen für die gesamte Kommunalentwicklung gelernt werden kann. Es werden strategische Überlegungen angestellt, die in ihrer Gesamtausrichtung als eine Erweiterung des Kommunalreformprozesses um die Berücksichtigung des sozialen Raums betrachtet werden können. Wenn man die verschiedenen Ebenen von Stadtteilarbeit betrachtet, so gibt es acht Bausteine, die auf die Arbeit in anderen Stadtteilen transferiert werden können (vgl. Schaubild 1).



ca. 65% des bisherigen Umfangs die sozialen Projekte auf Dauer finanziert (Stadt Hamm 2002c). Mit den Trägern wurde ein Erprobungszeitraum von drei Jahren für die neuen Strukturen vereinbart mit der Option, dass die Verträge anschließend auf Dauer abgeschlossen werden. Hierbei ist davon auszugehen, dass die realen Einschränkungen nicht bei 35% liegen, sondern erheblich geringer ausfallen. Auf der einen Seite wird durch stabile Förderbedingungen eine größere Stabilität für die Mitarbeiter/innen geschaffen (die Personalfluktuations war zuvor aufgrund der kurzen Stellenbefristungen erheblich), auf der anderen Seite ist für die Zeit vorher ein Experimentier- und Konzeptionsentwicklungsaufwand einzurechnen, der mit der Festschreibung der Konzeption aufgrund der gemachten Erfahrungen so nicht mehr anfällt.

Die Umsetzung dieses Transfers kann auf verschiedenen Ebenen geschehen: durch eine Weiterentwicklung der kommunalen Organisationsstrukturen, durch einen intensiven Personalentwicklungsprozess und durch die fachlich-konzeptionelle Anpassung der maßgeblichen Fachstandards (vgl. hierzu ausführlicher Bartscher 2001).

Annäherung aus der Arbeit in Hamm – Ansatzpunkte für eine Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21

Deutlich wird in dieser Tagung, dass die zuvor aufgeführten Aspekte der Nachhaltigkeit nicht den strengen Kriterien der Agenda 21 entsprechen, da es bisher eher um Nachhaltigkeit im Sinne von Langlebigkeit oder Dauerhaftigkeit ging. Zentrale Kriterien für Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21 sind, wenn ich es recht verstanden habe, die Verknüpfung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte mit

der globalen Perspektive, wie sie sich in der Devise „Global denken – lokal handeln“ ausdrückt.

Auch in Hamm gab es vielfache Aktivitäten zur Agenda 21, entsprechende Foren und Arbeitskreise und eine Vielzahl konkreter Aktivitäten. Ich habe selbst den Arbeitskreis „Kinder und Jugendliche“ geleitet, der in den Jahren 1998-2000 eine Reihe von Aktivitäten zur Implementierung der Ideen der Agenda in Schulen, Tageseinrichtung und Jugendarbeit zum Ziel hatte, zum Teil mit dauerhaftem Erfolg. Allerdings gingen die meisten Aktiven nach dieser Phase zu den nächsten Themen der aktuellen gesellschaftlichen Tagesordnung über.

Spannender ist aber in diesem Kontext die Frage, wie es sich in der Arbeit in den benachteiligten Stadtgebieten verhält. Nach meiner Erfahrung war der Agenda-Prozess fast ausschließlich mittelschichtorientiert und von Menschen getragen, die der „bildungsgewohnten“ Bevölkerungsschicht zuzuordnen sind. Doch gerade in den benachteiligten Stadtgebieten, deren glückliche in den letzten Jahren im Rahmen des Bund-Länder-Programms gefördert und unterstützt werden, spiegeln sich globale Veränderungen und Bezüge für die Bewohner und Bewohnerinnen hautnah wieder. Globale Flucht- und Wanderbewegungen – egal ob aus wirtschaftlichen Motiven oder als Flucht vor Krieg und Verfolgung – haben in den sozialen Brennpunkten unserer Kommunen ihren Endpunkt gefunden, und es existieren vielfach reale familiäre Beziehungen zu den Elends- und Kriegsgebieten auf allen Kontinenten. Eigentlich müsste diesen Menschen der Gedanke einer sozial gerechten und friedlichen Welt am nächsten liegen, doch in der Realität ist das Verhältnis der Agenda-Akteure zu diesen Zielgruppen ähnlich wie das der Studentenbewegung und Linken der 60er und 70er Jahre zur Arbeiterklasse.

So bin ich im Vorfeld und der Nachbereitung dieser Tagung der Frage nachgegangen, welche Spuren sich in der Arbeit in den benachteiligten Stadtteilen finden lassen, die zwar nicht explizit unter der Überschrift „Agenda 21“ stehen, aber doch in die richtige Richtung weisen. An einigen Stellen bin ich fündig geworden.

Der Schweigemarsch nach dem 11.9.2001

Beeindruckend war ein statt des am 15.9.2001 geplanten Stadtteilstes spontan organisierter Schweigemarsch zum Gedenken an die Opfer des Attentats am 11.9.2001 in New York. Die weltweiten Reaktionen spiegelten sich auch im Hammer Norden wider: auf der einen Seite bei der deutschen und nicht-moslemischen Bevölkerung Misstrauen und die Frage, wie eine Re-

ligion eine solche Tat rechtfertigen kann, und auf Seiten der Moslems Angst vor Repression und Rückzug, aber auch bei einigen Gruppen (z.B. auch den Jugendlichen, mit denen wir in unseren Projekten arbeiteten) Triumph und Identifikation mit den Tätern. So drohte der Konflikt in Nordamerika auch im Hammer Norden zu eskalieren.

In dieser Situation bewährten sich die effektiven Arbeitsstrukturen. Allen Beteiligten war klar, dass etwas geschehen und ein Zeichen gesetzt werden musste. Die Idee zu einem Schweigemarsch statt des geplanten Stadtteilstes lag nah, und es war auch schnell allen selbstverständlich, dass die moslemischen Glaubensgemeinschaften einbezogen werden sollten. Die Kontakte mussten in dieser Situation erst geknüpft werden, konnten aber sehr schnell gefunden werden, weil bei den moslemischen Moscheevereinen ein hohes Interesse daran bestand, sich dem Schweigemarsch und Protest gegen sinnlose Gewalt anzuschließen.

Der Schweigemarsch und das vorausgehende Friedensgebet wurden zu einem intensiven Erlebnis. Nacheinander gesprochene Gebete von den evangelischen und katholischen Pfarrern und dem türkischen Hodscha unter Anwesenheit von 400 Menschen aus dem gesamten Hammer Norden im gleichen Geist machten eine Solidarität spürbar, die sich auf alle Anwesenden übertrug. In diesem Moment spielten Nationalität und Herkunft keine Rolle mehr.

Integration und Solidarität in der „Schotti“

Jugendliche haben in der Jugendarbeit im Hammer Norden in den letzten Jahren zunehmend die Möglichkeit erhalten, Arbeitsweisen, Programme und Aktivitäten mitzugestalten. Durch eine aktivierende Befragung, durch ein Jugendforum und Folgeprojekte wurden sie in den Prozess der Neukonzeption eingebunden; ein großes Gewicht lag allerdings auf dem Angebot, bei der Gestaltung und dem Betrieb des offenen Angebotes mitzutun und Verantwortung zu übernehmen. Dafür bestand die Möglichkeit, die Räume teilweise ohne hauptamtliche Betreuung und damit zu Zeiten, die sonst nicht möglich sind, zu nutzen (vgl. Stadt Hamm 2002b).

Man mag einwenden, dass eine Partizipation der Jugendlichen im Aushandlungsprozess mit den hauptamtlichen Mitarbeiter/innen, bei denen sie sogar aufgefordert werden, unbequeme Dinge zu tun, weil die Mitarbeiter/innen diese zunehmend verweigerten, nicht den Partizipationskriterien der Agenda entspricht, weil sie zu stark von den Erwachsenen vorgeformt sei. Doch liegt der Kern dieser Entwicklung

darin, dass das Ziel besteht, traditionelle sozialstaatliche Versorgungsmuster aufzubrechen, die sich in den Arbeitsstrukturen offener Jugendarbeit mit einer immer stärker differenzierten Angebotsmentalität widerspiegeln, die Jugendliche tendenziell zu Konsumenten und nicht zu Akteuren des Geschehens machen.

Die realen Erfahrungen zeigen denn auch, dass die Jugendlichen die Einladung, mehr Verantwortung zu übernehmen, impulsiv und mit hoher Motivation annehmen. Die Schwierigkeiten bestanden eher zwischen den sozialpädagogischen Mitarbeiter/innen verschiedener Projekte, die von den Jugendlichen gegeneinander ausgespielt wurden und sich auf dieses Spiel auch einließen. Trotzdem wurden Partizipationsstrukturen entwickelt, aber auch individuelle Haltungen in Richtung Gemeinwesenverantwortung angeregt. Diese stellen die Basis für weitergehende Partizipationsaktivitäten dar, die noch mehr dem Sinn der Agenda 21 entsprechen.

Ansatzpunkte für die Zukunft

Zu fragen bleibt, ob in der Stadtteilarbeit weitere Ansatzpunkte für Nachhaltigkeit bestehen, die vielleicht in Zukunft genutzt und entwickelt werden können. Grundsätzlich bleibt zunächst die Skepsis, ob Menschen, die sehr stark darauf ausgerichtet sind, die alltäglichen und materiellen Bedürfnisse zu realisieren, die als allgemein erstrebenswert gelten und deretwegen viele Menschen hierher gekommen sind, bereit sind, sich auf eine globale Perspektive des Denkens einzulassen. Auf der anderen Seite fügt sich die Idee einer weltweit gerechten und solidarischen Weltordnung nahtlos in die Grundideen einer aktivierenden und sozialen Stadtteilentwicklung ein. Mit den Partizipationsprojekten wurden Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Jugendliche Verantwortung für Gegenwart und Zukunft übernehmen können. So gibt es Ansatzpunkte, die weiter zu verfolgen wären:

- Die Beschäftigung mit der Lebenssituation in den Herkunftsländern der Menschen, die bei uns leben, ergäben erste Anhaltspunkte. Wie ist die Situation dort? Wie wird dort gearbeitet? Welche wirtschaftliche Situation trieb die Menschen dort weg? Derartige Veranstaltungen und Projekte könnten gleichzeitig auch zur Verbesserung der Beziehungen hier beitragen.
- Das Themenspektrum der Partizipationsprojekte kann erweitert und im Sinne der Agenda differenziert werden. Welches sind die Belange ihrer Zukunft? Wie sind sie in einem globalen Interessengefüge zu bewerten?

- Das Thema „Arbeit“ ist für die Stadtteilarbeit zentral. Neben den aktuellen Arbeitsmarktprojekten könnten Projekte stehen, die sich mehr mit den globalen Zusammenhängen und den lokalen Handlungsmöglichkeiten beschäftigen. Die Idee eines Tauschrings (der Tausch von Dienst- und Sachleistungen auf der Basis einer Verrechnungseinheit, wobei die Tauschwerte in einem gemeinsamen Diskussionsprozess definiert werden) und alternativer Arbeitsformen steht immer wieder mal im Raum, lässt sich aber unter dem aktuellen Handlungsdruck bisher nicht realisieren.

Insgesamt sehe ich die Chance, in der Stadtteilarbeit dem Thema „Nachhaltigkeit“ näher zu kommen, nur dann, wenn das zentrale Motto umgekehrt wird: „Lokal handeln – global denken (lernen).“

Literatur

Bartscher, Matthias (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik, Freiburg

Bartscher, M. (2000): Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit; in: Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hg.)(2000): Chancen und Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Quartiersmanagements. Dokumentation der Veranstaltung vom 5.-6.12.2000 in Berlin, Berlin (download unter: http://www.eundc.de/seiten/info/pub_doku.html)

Bartscher, M. (2000): Politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ermutigung zur Partizipation durch Stadtteilarbeit; in: Kern, U. M./Waldmann, K. (Hg.): fit for politics – Projekte lebensweltorientierter politischer Jugendbildung, Bonn

Bartscher, Matthias (2001): Sozialraumorientierung als Konzept der solidarischen Stadt –

Beiträge der Jugendhilfe zur Stadtteilarbeit; in: Verein für Kommunalwissenschaften - Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe(Hg.): Auf dem Weg zur solidarischen Stadt - Kooperation von Stadtentwicklung und Jugendhilfe, Berlin

Bartscher, Matthias; Kriener, Martina (2001): Rechte von Kindern und Jugendlichen als Herausforderung an die Jugendhilfe; in: Schröer/Struck/Wolff (Hg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe, Weinheim

DJI – Deutsches Jugendinstitut (1999): Beteiligung von Kindern in der Kommune – Ergebnisse einer bundesweiten Befragung

MAGS – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (1995a): Mehr Demokratie durch Kinderbeteiligung. Chancen und Probleme der Partizipation von Kindern, Düsseldorf

Meyer, Thomas (1994): Die Transformation des Politischen, Frankfurt

Stadt Hamm (2000): Lebenslagen benachteiligter Menschen in Hamm – Kommunalen Armutsbericht, Hamm

Stadt Hamm (2002a): Das sozial- und bewohner(innen)orientierte Stadtteilentwicklungsprojekt 1992-2002 - Kurzdarstellung, Hamm

Stadt Hamm (2002b): Konzeption für die Stadtteiljugendhilfe im Hammer Norden, Hamm

Stadt Hamm (2002c): Weiterführung der gemeinwesenorientierten Projekte ab 2003 (Beschlussvorlage 2622/02), Hamm

**Heike Wolff, Ausbildungsgemeinschaft
Neubrandenburg**

Handlungsfeld Ökonomie- Ausbildung-Arbeit – Über- gänge nachhaltig schaffen

Nachhaltigkeit: lange Wirkung ...

„Nachhaltige Entwicklung heißt, mit Visionen, Phantasie und Kreativität die Zukunft zu gestalten und dabei auch Neues zu wagen und unbekannte Wege zu erkunden.“

Es geht um einen schöpferischen Dialog darüber, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir auf die Herausforderungen der globalisierten Welt in Wirtschaft und Gesellschaft antworten wollen.“ (Perspektiven für Deutschland – Der rote Faden für das 21. Jahrhundert, Bundeskanzler Gerhard Schröder)

Wie können wir wirksame und anhaltende Projektstrukturen schaffen, die eine Integration der jungen Menschen mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen in die Gesellschaft und damit in Arbeit und Ausbildung schaffen?

Ausgangssituation in Mecklenburg/Vorpommern, Neubrandenburg

Neubrandenburg – drittgrößte Stadt in Mecklenburg Vorpommern, Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum in Ost-Mecklenburg und wirtschaftliches, politisches und kulturelles Zentrum in der Landesplanungsregion Mecklenburger Seenplatte.

Nach 1990 fanden erhebliche Umstrukturierungen statt. Die Wirtschaft wird von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt, eine rasche Entwicklung der Dienstleistungsberufe konnte den Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe nicht abfangen. Der Wegzug junger Menschen gehört zur Tagesordnung, jede/r 4. erwerbsfähige Bürger/in ist arbeitslos, die Anzahl der Sozialhilfeempfänger/innen wächst stetig (z. Z. sind statistisch gesehen 47 von 1.000 Bürger/innen unserer Stadt Sozialhilfeempfänger/innen) und ein wirtschaftlicher Aufschwung ist nicht in Sicht ...

Unter den gegebenen Bedingungen der kränkelnden Wirtschaft und der demografischen Entwicklung zeigen sich in der Gegenwart und in der Zukunft schwierige Bedingungen für den Einstieg in Berufsleben. Besonders junge Menschen ohne entsprechende Berufserfahrung haben es schwer, in den Prozess der Arbeit langfristig integriert zu werden. Der Anspruch an das lebenslange Lernen aller Bürger wird aufgrund der Komplexität, die von heutigen Arbeitnehmern gefordert wird, immer höher. Wer

sich diesem Prozess entzieht, der wird keine Chance auf dauerhafte Beschäftigung haben.

Was geschieht nun mit den jungen Menschen, die schon mit ungünstigen sozialen und persönlichen Voraussetzungen an den Start gehen? Die öffentlichen und freien Träger der jeweiligen Kommunen sind auf vielfältige Art und Weise bemüht, im Rahmen von Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit diesen Jugendlichen besonders zu helfen.

Welche Übergänge sind am auffälligsten?

Im besonderen Brennpunkt dieser Arbeit sind Berufsorientierung und –vorbereitung beim Übergang von der Schule zur Ausbildung und von der Ausbildung und in das Berufsleben. Allgemein spricht man von der ersten und zweiten Schwelle, die die jungen Menschen zu meistern haben. An diesen Schnittstellen der Lebenskurve eines jeden Menschen werden Weichen gestellt, die von großer Tragweite für die persönliche Entwicklung sind. Fehlentscheidungen in der Berufswahl, Ausprobieren über lange Zeiträume, die Nichteinbindung in ein intaktes Arbeitsleben bringen nicht nur existenzielle Probleme für den Einzelnen, sondern sind immer ein Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region und wirken sich auf den weiteren Lebensweg ganzer Familien aus.

Unzureichende Ausbildung

- keine oder gering bezahlte Arbeit
- finanzielle Nöte
- eingeschränktes Konsumverhalten
- eingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- persönlicher Rückzug

...

Je mehr Menschen von einer solchen Entwicklung betroffen sind, umso mehr werden Menschen inaktiv im gesellschaftlichen Kontext leben. Die soziale Sicherung, die für den Notfall geschaffen wurde, wird zu Normalität und zur „Sozialen Hängematte“. Diese Entwicklung ist allen bekannt. Es sind in unserer täglichen Arbeit die Konsequenzen aus dieser nicht bewältigten ersten und zweiten Schwelle deutlich zu merken.

Hier möchte ich den Ansatz für Nachhaltigkeit unserer Arbeit einfügen.

Wenn es uns gelingt, möglichst viele junge Menschen bei ihrer Berufswegeplanung zu begleiten und eine gezielte Berufswahl und bewusste Ausbildung bei den Jugendlichen zu unterstützen, leisten wir einen Beitrag zur Entwicklung unserer regionalen und überregionalen Wirtschaft. Wir schaffen natürlich im Zusammenhang mit anderen Komponenten der Gesellschaft Voraussetzungen für eine effektive

Einbindung der jungen Generation in die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Jugendberufshilfe als Faktor der Wirtschaftsförderung?

Die Schwerpunkte der Jugendberufshilfe finden sich in allen Regionen unseres Landes auf der kommunalen Ebene. Hier werden große Summen von Fördermitteln eingesetzt, die auf den verschiedensten Förderebenen und auch von den öffentlichen Trägern bereitgestellt werden.

Zahlreiche Maßnahmen der:

- Berufsorientierung
- Berufsfrühorientierung
- Berufsvorbereitung
- Grundausbildung
- Erstausbildung
- ausbildungsbegleitenden Hilfen
- Integrations- und Beschäftigungshilfen
- Übergangshilfen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt

... sollen helfen, diesen wichtigen Lebensabschnitt zu meistern.

Die Ausgangslagen der Jugendlichen sind sehr unterschiedlich. Die Bedingungen der regionalen Wirtschaft bieten verschiedene Voraussetzungen und die Trägerlandschaft zur Umsetzung von Projekten ist in jeder Region anders. Deshalb gibt es sicher keine Patentrezepte für eine nachhaltige Arbeit auf diesem Gebiet. Ich möchte an einem Beispiel eine Möglichkeit aufzeigen, die meiner Ansicht nach eine Nachhaltigkeit von einzelnen Projektergebnissen aber auch des gesamten Eingliederungsprozesses sichert.

Die Ausbildungsgemeinschaft Industrie, Handel und Handwerk Neubrandenburg e. V. (ABG) wurde am 28. August 1990 gegründet. Die Industrie- und Handelskammer zu Neubrandenburg und die Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern sind neben 19 anderen Vertretern Mitglied der Ausbildungsgemeinschaft. Seit dem 5. Oktober 1993 sind wir Träger der freien Jugendhilfe der Stadt Neubrandenburg, Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft regional-örtlicher Träger, der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit und der Arbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit der Stadt Neubrandenburg. Seit 2001 sind wir eine „staatlich anerkannte Einrichtung der Weiterbildung“ und „Träger des FSTJ“. Die ABG widmet sich in großem Umfang der Erstausbildung von Jugendlichen in der Benachteiligtenförderung und alternativen Formen der beruflichen Erstausbildung. Diese Ausbildung findet zu zwei Dritteln in Betrieben statt und wird als großer Verbund organisiert. Zur Zeit bilden wir ca.

1.700 Jugendliche in 46 Berufen aus. Dabei stehen wir mit über 520 Betrieben und 17 Bildungsträgern und freien Trägern in verschiedenen Standorten in Kooperation. Diese Kooperation ist und bleibt Basis einer erfolgreichen Arbeit.

Seit 1994 widmet sich die ABG dem Bereich der Jugendsozialarbeit in Form von Jugendprojekten. In den Lebensräumen fast aller Jugendlichen gibt es keine existenzsichernden Alternativen jenseits der Berufsausbildung. Trotz der bei den meisten vorhandenen positiven Arbeits- und Ausbildungseinstellungen finden wir bei vielen Jugendlichen eine große Orientierungs- und Hilflosigkeit, wenn es darum geht, ihren Berufseinstieg konkret zu planen und anzugeben. Dies gilt besonders für sozial schwache Jugendliche aus benachteiligten Milieus. Die ABG nutzt den Ansatz individueller ganzheitlicher Einzelfallhilfen:

- Frühorientierung
- Entwicklung von Vertrauensbasis
- Fachkompetente Beratung/Angebot der verschiedensten Integrationshilfen einbeziehen
- Stärkung des Selbstbewusstseins und des Selbsthilfepotentials
- Relativierung von Über- und Unterschätzung der eigenen Möglichkeiten
- Langfristige Entwicklung von Kompetenzen
- Orientierungshilfen
- Abbau von Schwellenängsten.

So ist es möglich, Jugendliche über einen langen Zeitraum zu begleiten, der mit der Arbeitsaufnahme nach der Probezeit endet. Der Bereich der Jugendsozialarbeit ist durch Netzwerkarbeit geprägt und umfasst folgende Aufgabenfelder:

- Jugendberufshilfe nach § 13 KJHG
- Aufsuchende Jugendsozialarbeit nach § 11 und § 13 KJHG
- Mädchensozialarbeit nach § 13 KJHG
- Jugendsozialarbeit / Beratung nach § 13 KJHG
- Berufsorientierung nach SGB III § 33
- Berufsvorbereitung nach SGB III
- Erstausbildung nach BBiG und SGB III
- Integrationshilfen nach Job-Aktiv-Gesetz und andere Eingliederungshilfen der Wirtschaftsförderung

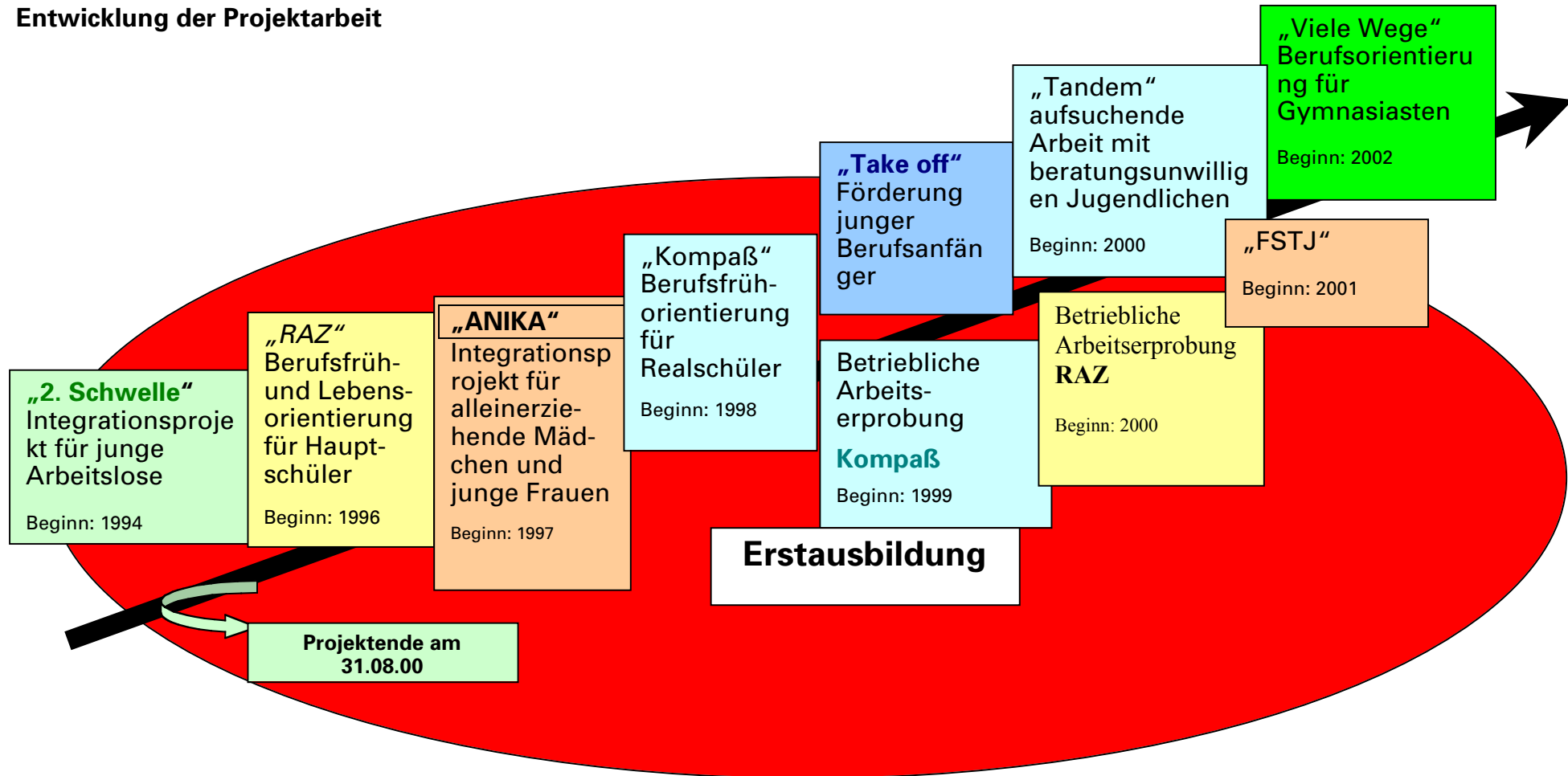
Im Zusammenhang mit der Ausbildung stellten sich verschiedene Problemlagen der Jugendlichen dar, die einen Ausbildungsabbruch begünstigten. Deshalb begannen wir mit begleitenden Maßnahmen.

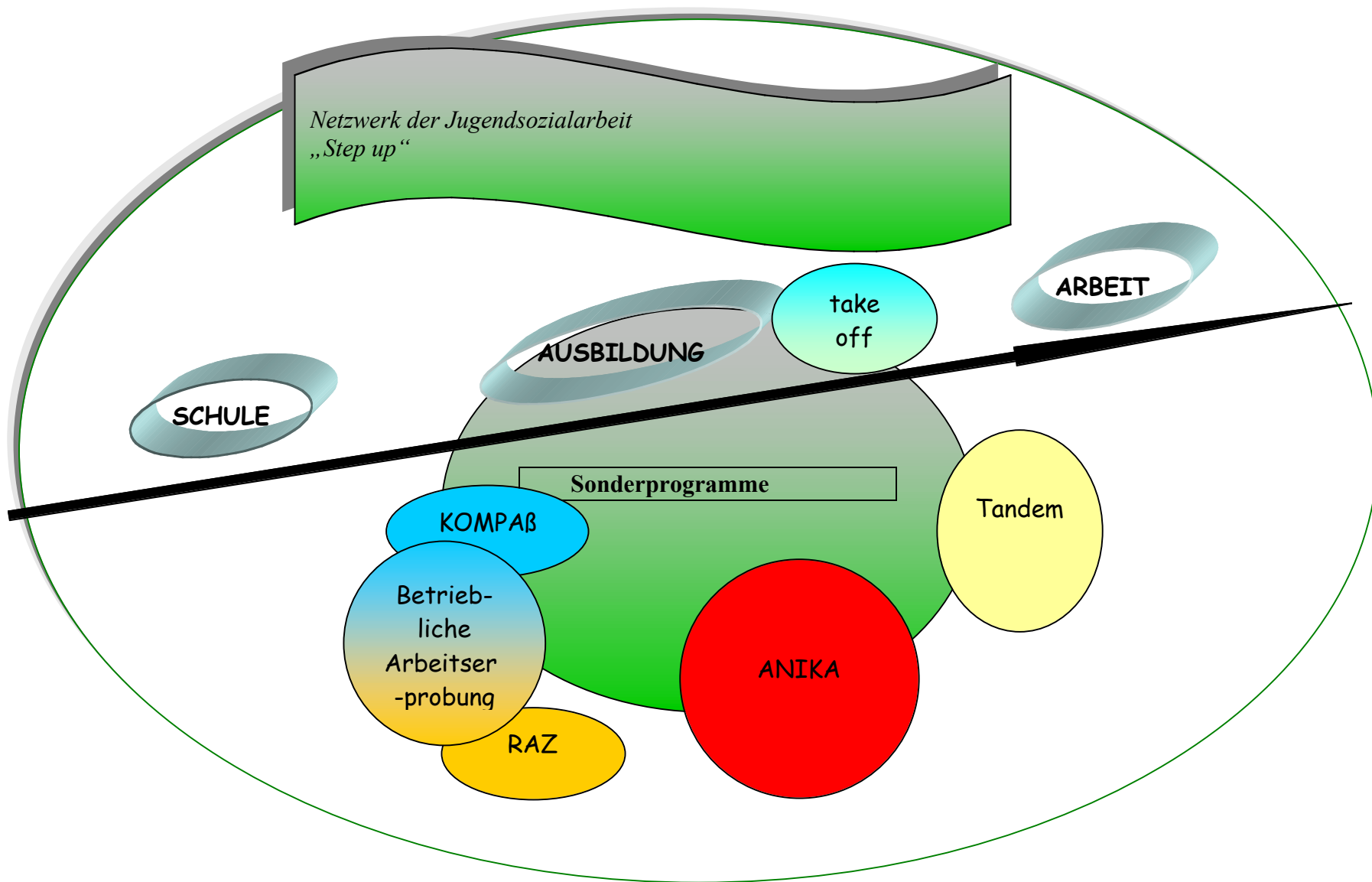
Ungenügende Berufswahl > Unzufriedenheit in der Ausbildung > Abbruchgefahr!

>>> **Frühe Berufsorientierung für Hauptschüler**

Trägervorstellung: Ausbildungsgemeinschaft Industrie, Handel und Handwerk Neubrandenburg e.V.

Entwicklung der Projektarbeit





Kind bekommen in der Ausbildung > neue Rolle als Mutter und Auszubildende > Abbruchgefahr!

>>> Hilfe und Begleitung von bekannt werden der Schwangerschaft bis zum Ausbildungsabschluss

u.s.w

Auf diesem Wege entstanden Projekte, die Ausbildung vorbereiten, begleiten und bei der Integration in den Arbeitsmarkt helfen.

Besonderer Stellenwert „**Tandem**“ (siehe Abbildungen)

Projekt zum Aufsuchen beratungsunwilliger junger Menschen, die bei der Berufsberatung nicht mehr auftauchen und auch andere Beratungsangebote nicht annehmen.

Warum Schwerpunkt: Anzahl nimmt zu

- Problemlagen dieser Jugendlichen werden immer komplizierter
- Häufig soziale Problemfamilien im Hintergrund
- Jugendliche sind ohne Hilfe meist zum sozialen Abstieg verurteilt

Der Erfolg der Maßnahme in Neubrandenburg veranlasste andere Ämter über diesen Ansatz nachzudenken und diese Form der aufsuchenden Arbeit zu unterstützen.

Nur die Vernetzung brachte Erfolge bei diesen Teilnehmern.

Datenaustausch nach Einwilligung des Teilnehmers.

Verbindung von Fördermöglichkeiten um Arbeitsergebnisse zu sichern (Ausbildungsinteresse ist wieder vorhanden), dann muss nahtlose Berufsorientierung unter Betreuung möglich sein.

Das parallele Arbeiten an Schuldenabbau mit der Schuldnerberatung, die Aufarbeitung von negativen Erfahrungen bei Ämterbesuchen, die Lösung von Wohnungsproblemen und auch die Schaffung von Sozialkompetenzen durch veränderte Verhaltensmuster sind einige Beispiele der komplexen Aufgaben, die nur in Zusammenarbeit aller Partner zu realisieren sind. Auf der anderen Seite sind die einzelnen Problemfelder nicht einzeln abzuarbeiten. Ohne Wohnung und Geld mache ich mir keine Gedanken um eine Ausbildung, ohne Wohnsitz wird es schlecht mit Arbeit klappen...

Aus dem Tandem-Projekt entstanden Folgemaßnahmen wie das „FSTJ“ und „Das Echolot-Projekt“ für Sozialhilfeempfänger. Häufig überschneiden sich die Zuständigkeiten der Ämter bei einem Klienten. Als Träger versuchen wir hier zu moderieren. Die einzelnen Hilfen sind zum richtigen Zeitpunkt unter den entsprechenden Bedingungen so zu koordinieren, dass sie nach und nach dem Grundsatz „ Hilfe zur

Selbsthilfe“ gerecht werden und die Klient/innen wieder eigenständig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Ein Auflockern der Betreuungsstruktur, ein Weiterleiten der Betreuung an andere Träger, ein gemeinsames Abstimmen mit Trägern, die mit Teilnehmer/innen weiterarbeiten sind für unsere Mitarbeiter/innen ist nicht immer einfach aber Grundlage einer langen Wirksamkeit der erreichten Veränderungen im Sinne einer Weiterentwicklung unserer Jugendlichen.

Heike Wolff, Dipl. Sozialpädagogin

Geschäftsführerin der Ausbildungsgemeinschaft Industrie, Handel und Handwerk Neubrandenburg e.V.

Feldstrasse 3

17033 Neubrandenburg

„Nachhaltigkeit – ein Qualitätsmerkmal sozial-räumlicher Arbeit“

Nachhaltigkeit im kommunalen Dialog

1. Das Problem der Begrifflichkeit

1.1 Über Nachhaltigkeit gibt es eine „stille“ Übereinkunft

Die Karriere des Begriffs Nachhaltigkeit ist beeindruckend. Mittlerweile wird vieles – um nicht zu sagen fast alles – als nachhaltig etikettiert: die Arbeit der Bundesregierung, die Produktion von Gartenmöbel, die Anlage von Spielflächen, die Ausbildung junger Menschen, die Organisation von Arbeitsabläufen etc. Die großflächige Vereinnahmung des Begriffs durch Wissenschaft und Politik macht das ohnehin diffuse Konzept der Nachhaltigkeit noch komplizierter. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass die Definitionen – oder besser: die Definitionsversuche - über Nachhaltigkeit in ihrem Erscheinungsbild, in ihrer Ausführlichkeit, in der Perspektive und in ihrer Präzision erheblich changieren. So gibt es zum einen Versuche, Nachhaltigkeit durch andere Begriffe zu umschreiben („...Nachhaltige Entwicklung kann verstanden werden als ein Muster von sozialen und strukturellen ökonomischen Veränderungen, bei dem das in der Gegenwart beanspruchte Bündel von ökonomischen und sozialen Gütern optimiert wird...“), zum andern werden Begriffsbestimmungen vorgenommen, die davon ausgehen, dass sich Nachhaltigkeit nicht streng definieren lässt, dass lediglich die Sache erläutert werden kann, die durch das Wort bezeichnet wird („...Nachhaltigkeit ist ein weitreichendes Phänomen, das ethische Normen einschließt, die das Überleben alles Lebendigen betreffen sowie die Rechte künftiger Generationen, und die Institutionen, die dafür verantwortlich sind, dass diesen Rechten Nachachtung verschafft wird...“).

Insgesamt zeichnet sich aber eine „stille“ Übereinkunft ab, zum einen auf die Definition der Brundtland-Kommission (1987) abzustellen: „...Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können...“ und in Erweiterung derselben auf die der Europäischen Union (2001): „...hierzu ist es erforderlich, die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik so zu gestalten, dass sie sich ge-

genseitig verstärken. Gelingt es nicht, Tendenzen umzudrehen, die die künftige Lebensqualität bedrohen, so werden die Kosten für die Gesellschaft drastisch ansteigen oder diese Tendenzen werden unumkehrbar...“.

Inhaltlich bedeutet das, dass sich hierbei vier grundsätzliche Koordinaten herauskristallisieren:

- die Gerechtigkeit innerhalb einer und zwischen den Generationen
- die internationale Gerechtigkeit
- die Abstimmung zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen – ergänzend werden u.a. auch kulturelle noch genannt
- die Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen am Prozess der Strategiefindung und - umsetzung.

Damit orientiert sich die Nachhaltigkeitsdiskussion an einer gleichrangigen Berücksichtigung der drei resp. vier Dimensionen sozial, ökonomisch, ökologisch und kulturell, räumt Fragen der sozialen Integration und Gerechtigkeit eine große Bedeutung ein, sieht die Rolle des Staates in Relation zu anderen Akteursgruppen, baut auf interdisziplinäre Ansätze und gibt der Kommunikation mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen einen hohen Stellenwert. Dies legt den Grundstein für die Einsicht, dass im Zeichen der Nachhaltigkeit grundlegende politische und institutionelle Erneuerungen angestrebt werden müssen. Erste Ansätze solcher Innovationsschritte stellen zum einen die jeweils nationalen Nachhaltigkeitsstrategien dar, sofern sie, wie die Beispiele aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland zeigen, einen Trend in Richtung der thematischen Breite, der Einführung qualifizierter Selbstverpflichtungen der Regierungen und schließlich hinsichtlich der partizipativen Verfahren setzen.¹ Zum andern sind Entwicklungen auch in der Unternehmenspolitik sichtbar. Vor allem global agierende Unternehmen erkennen, dass sie künftig stärkere Verantwortung für soziale und ökologische Aufgaben übernehmen müssen.

Allein diese Ansprüche an Nachhaltigkeit zeigen eine „beachtliche Eingriffstiefe“² in alle gesellschaftlichen Bereiche auf. Aber die Realität spiegelt diese Anforderungen bisher nur minimal wider: nach wie vor dominieren in diesen Zusammenhängen die naturwissenschaftlich-technischen Zieldefinitionen und Umsetzungsvorschläge, werden umweltrelevante Daten als Maßstäbe für Nachhaltigkeit ausgegeben, ist das Thema weniger ein vernetztes als ein additives, wird eher defensiv im Sinne des „don't damage“ verfahren, also möglichst nichts

falsch zu machen oder nicht aufzufallen. Selbster von der Bundesregierung eingesetzte „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ erkennt selbstkritisch, dass Nachhaltigkeit vorwiegend immer noch „ein ökologisch ausgefüllter Begriff sei und dass von einer gleich starken Aufnahme sozialer Themen nicht die Rede sein könne“.³ Auch in den vielen lokalen Agenda 21-Initiativen, die Ansätze zur Entwicklung von Leitbildern einer nachhaltigen Entwicklung im regionalen oder örtlichen Rahmen an Hand von vielen Beispielen verdeutlicht haben, werden diese vorrangig im ökologischen Kontext bearbeitet. Die gebotene Verknüpfung mit Wirtschaft und Sozialem ist auch hier nicht eingelöst. Folgerichtig bezeichnet die Bundestags-Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerlichen Engagements“ die nachhaltige Entwicklung einschränkend als „Leitbegriff der Umweltpolitik.“⁴

Aber ausschlaggebend ist eben nicht allein die Maximierung der ressourcenorientierten Sparpotentiale, sondern die Optimierung aller drei resp. vier Dimensionen in ihrem Verhältnis zueinander. Nachhaltige Entwicklung funktioniert nur im Zusammenspiel aller Aspekte und nicht in der Überbetonung einer einzelnen und der nachrangigen Bedeutung der anderen. Und: Es müssen die Möglichkeiten zur politischen Gestaltung der Nachhaltigkeit als einer sozialen und ökonomischen Kompetenz und als Diskursfähigkeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen genutzt und umgesetzt werden.

1.2 Kommunalen Dialog als entscheidende Wegmarke

Im Abschlussdokument „Agenda 21“ der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992) wurden die Kommunen aufgefordert, in einem Konsultationsprozess mit allen kommunalen Akteuren eigene Pläne für eine nachhaltige Entwicklung zu verabschieden: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine „kommunale Agenda 21“ beschließen.“

Durch Konsultation und Herstellung eines Konsens würden die Kommunen von ihren Bürgern und örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen“.⁵ Da nachhaltige Entwicklung nicht einfach von oben herab verordnet werden kann, wird der gesellschaftlichen Diskussion und der Verständigung über Leitbilder, Handlungsfelder und

Projekte in den einzelnen Kommunen ein deutlicher Vorrang eingeräumt. Dies wurde auch in den zurückliegenden Jahren erfolgreich angegangen: Nach einer ersten umfassenden Darstellung lokaler Agenda 21-Prozesse⁶ haben über 1.900 Städte und Gemeinden einen Beschluss zur Agenda getroffen, fast drei Viertel von ihnen auch bereits ein Leitbild zur nachhaltigen Entwicklung verabschiedet oder planen dieses zu tun. Quantitativ gesehen kann durchaus von einer steigenden „Nachhaltigkeitsbewegung“ auf kommunaler Ebene gesprochen werden. Bei den inhaltlichen Schwerpunkten dominieren aber nach wie vor die „klassischen“ Umweltthemen wie Klima, Energie, Verkehr und Versorgung („Aus der Region für die Region“).

Hinter den – durchaus – hohen Ansprüchen des Programms bleibt die Umsetzung in vielen Städten und Gemeinden bisher jedoch weit zurück. Dabei kristallisieren sich unterschiedliche Problemlagen und besonders auch Verständnisebenen heraus: Zum einen wird immer wieder betont, dass Nachhaltigkeit angesichts der kommunalen Situation(en) ein „Luxusthema“ sei, dass „Umweltthemen dominieren und messbare Erfolge bei Projekten der sozialen Nachhaltigkeit rar seien“, dass besonders „die Unternehmen vor Ort stärkere Anreize zu sozialen und ökologischen Investitionen vermitteln müssten um sich so in die regionale Entwicklung konsequenter einzufügen“ und schließlich „sei eine Bündelung der Kräfte für eine bessere Kommunikation darüber, was Nachhaltigkeit ist“, notwendiger denn je. „Man müsse vom Verzichtsgedanken wegkommen um mit einem positiveren Image zur Umgestaltung des Lebenswandels zu motivieren. Zur besseren Kommunikation über Nachhaltigkeit müsse eine Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit auf nationaler Ebene erfolgen.“⁷

Die Intensivierung des kommunalen Dialogs wird auch vom Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung gesehen, betont er doch, dass es dabei nicht um ein einfaches „add on“ gehen kann, sondern es müssen „die Aussagen zum dialogischen Charakter der Nachhaltigkeit mit konkreten Angeboten und Schritten (verbunden werden) und diese (sind) nicht außerhalb der üblichen Mittel politischer Meinungsbildung anzusiedeln, sondern (in einem) strategischen Zusammenhang zu konstruieren“.⁸

Dies ist durchaus präzise diagnostiziert, und so lassen sich vor dem Hintergrund auch wichtige Entwicklungsperspektiven formulieren⁹, wie ein solch dialogisches Verhältnis, oder besser: ein kommunaler Nachhaltigkeitsdialog, auszusehen hat:

Da sind zum einen organisatorische Verankerungen durch institutionelle Reformen notwen-

dig, denn insgesamt verläuft die Mobilisierung der verschiedenen Akteure/innen in solchen Prozessen sehr phasenorientiert, d.h. hohes Engagement und Interesse wechseln sich mit verhaltener Bereitschaft und Ratlosigkeit ab. Und so bedarf es des Aufbaus stabiler kommunaler aber auch regionaler Strukturen¹⁰, die eine kontinuierliche Motivation und ein konkretes Interesse fördern. Seien dies bestimmte Agenturen oder in den Ämtern ressortübergreifende Kompetenzzentren, die eine lokale Zukunftsfähigkeit der Kommunalpolitik fördern. Die Vielheit der Ideen und Vorstellungen zu bestimmten Themen gilt es durch diese Stellen zu koordinieren, aber auch den Austausch von Erfahrungen und Best-Practice-Beispielen zu ermöglichen. Insgesamt handelt es sich hierbei um den Aufbau einer spezifischen Form eines Netzwerkes, bei dem sich vertikale Strukturen (Kommune, Land) mit horizontalen Strukturen (z.B. Träger) vermischen. Dies setzt zum zweiten effiziente Partizipationsmöglichkeiten nach innen und außen voraus, so dass z.B. ressortübergreifende Arbeitskreise für die anstehenden Konsultations- und Aushandlungsprozesse wie auch die Einrichtung von Bürgerforen, Runden Tischen, öffentlichen Dialogen, Zukunftswerkstätten, Open Space-Veranstaltungen, Planungszellen und ähnliche Instrumente angeboten werden müssen und dass über die bereits aktiven Bürger/innen mit guter Ausbildung hinaus auch und gerade die Beteiligung von Jugendlichen, Frauen und benachteiligten Gruppen eine besondere Förderung erfährt. Wichtig für die Motivation zur Mitwirkung muss die rationale Erkenntnis sein, dass eine Teilnahme dem Gesamtnutzen aller Akteure/innen förderlicher ist als eine Nichtteilnahme, analog der „Rational-Choice-Theorie“. Damit wird aber – als dritter Aspekt - auch ein verändertes Rollenverständnis öffentlicher Verwaltungen erwartet. Der kommunale Dialog zwingt gerade dazu, auch eigene Instrumente der „Qualitätspolitik“ zu entwickeln und/oder fortzuschreiben. Nachhaltige Entwicklung muss zu einer Querschnittsaufgabe und damit in den Prozess der Verwaltungsmodernisierung eingebunden werden. Das beinhaltet aber die Modifikation kommunaler Entscheidungsstrukturen und -prozesse, um vordringlich die geforderte und erwartete thematische Integration und damit Verknüpfung von Wirtschaft, Umwelt, Soziales und Kultur innerhalb der Kommune zu ermöglichen.¹¹

Kommunaler Dialog heißt, die Bemühungen um nachhaltige Entwicklung – besonders vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen mit den Agenda-Prozessen – so zu intensivieren, dass nicht wieder nur Appelle und noch mehr Papiere produziert werden und dies auf

Dauer eher einer ausnahmslos symbolischen Politik zuzuordnen ist, sondern dass bereits am Anfang der Prozesse geklärt werden muss, in welcher Form die Ergebnisse in den kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einfließen und dort zu Konsequenzen führen müssen. Kommunaler Dialog heißt, dass prioritäre Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung festzulegen sind – z.B. solche aus den Zusammenhängen der Programme „Soziale Stadt“ und/oder „E&C“. Die dabei erzielten Wirkungen müssen für eine zukünftige Entwicklung und kommunale Handlungsmöglichkeit die entscheidenden Grundlagen sein und die Absicherung der notwendigen Ressourcen gewährleisten.

Kommunaler Dialog heißt einzugestehen, dass sich die Erwartungen auf schnelle sichtbare Erfolge für die beteiligenden Bürger/innen und Vertreter/innen der Träger und der Kommune nicht automatisch einstellen. Die wichtigen „Partizipationsressourcen“¹² müssen kontinuierlich gepflegt und einen entsprechend gestalteten gesellschaftlichen Rahmen erhalten, in dem die vielfältigen, auch wechselnden sozialen Beziehungen und Gruppen gemeinsam arbeiten können und – nach Möglichkeit – zeitlich synchrone Nachhaltigkeitsprozesse in Gang setzen und/oder vorantreiben.

Kommunaler Dialog heißt, dass trotz objektiv zunehmender Einengung der kommunalen Handlungsspielräume durch Verordnungen, Gesetze und sonstige Standards sowie der andauernden Haushaltskrise die Option auf Bündelung von Interessen und die Zusammenführung von Ressourcen und Informationen verstärkt aufrecht erhalten werden muss, um so zu einer transparenteren Abstimmung und letztlich zu einer Stärkung der kommunalen Identität, Politik, Wirtschaft und Kultur als wesentlichem Eckpunkt eines nachhaltigen Gesellschaftsmodells zu gelangen. Damit lassen sich dann auch – zumindest teilweise – die verlorenen Gestaltungsmöglichkeiten wiedergewinnen.

Kommunaler Dialog heißt letztlich auch, die Chance zu ergreifen, gegen die allgemein zu konstatierende Mentalität des Festhaltens an bestehenden Strukturen anzugehen, die Haltung der eingespielten Routinen zu durchbrechen, die Dominanz mikropolitischen Strategien zu unterbinden, um so dem Anspruch der kooperativen Leistungserbringung – von Kommunen, Bürger/innen, Trägern und Einrichtungen – gerecht zu werden.

Angesichts dieser umfassenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, die einer nachhaltigen Ausgestaltung vorausgehen müssen, ist die Frage nach den dazu notwendigen Ansätzen und Instrumenten aktueller denn je.¹³

2. Ansätze zu kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien

2.1 Indikatorenmodell

In den letzten Jahren wurden Indikatoren verstärkt als Planungs- und Aussageinstrumente der Politik entdeckt und genutzt, wobei sie vor allem mit quantifizierbaren Zielvorgaben verknüpft werden. So soll beispielsweise die Ganztagsbetreuung im Jahre 2010 für 30% der Kindern bis zu 12 Jahren zur Verfügung stehen, oder der Anteil der ausländischen Schulabgänger/innen ohne Hauptschulabschluss von heute 16,7% auf 9% im Jahre 2020 gesenkt werden, oder es wird Bezug genommen auf rein statistische Daten ohne konkrete Zielvorgaben, etwa die Anzahl der Krankenhausbetten pro 1.000 Einwohner/innen oder der Anteil der versiegelten Flächen an der Gesamtfläche einer Stadt.

Generell gilt, dass Indikatoren drei unterschiedliche Orientierungen ausdrücken können:

- sie legen Bestimmungsfaktoren fest (driving force indicators)
- sie dokumentieren einen Zustand (state indicators)
- sie richten sich auf Maßnahmen aus (response indicators).

Die Auswahl der geeigneten Indikatoren sollte sich nach der Zielsetzung, der Verfügbarkeit von Daten und ihrer „methodologischen Robustheit“¹⁴ richten. Dabei gilt es zu beachten, dass Indikatoren nicht vorbehaltlos geeignet sind, objektive Aussagen über den Zustand eines (Teil-)Systems zu machen, sondern dass ausschließlich Konsens darüber besteht, dass sie dazu in der Lage sind. Indikatoren sind also subjektiv und damit abhängig von der Übereinkunft derer, die sie aufstellen und benützen. Deshalb ist Auswahl und Definition schwierig, gerade weil durch scheinbar kleine Details schwerwiegende Vorentscheidungen in langfristiger Perspektive getroffen werden. Dennoch lassen sich Voraussetzungen für die erfolgreiche Aufstellung von Indikatoren formulieren:

- Indikatoren sollen so gewählt werden, dass konkret erkennbar ist, durch welche (Mess-) Werte sie ausgefüllt werden sollen. (Die „Abwasserqualität“ ist als Indikator untauglich, solange unklar ist, an Hand welcher Parameter diese Qualität gemessen werden soll. Wird z.B. die Ammonium-Konzentration genommen, kann dies ein anderes Bild ergeben, als wenn der Stickstoffgehalt gemessen wird).
- Indikatoren sollen so gewählt werden, dass sie mit Daten hinterlegt bzw. die erforderlichen Berechnungen oder Erhebungen seriös durchgeführt werden können. („Versie-

gelte Fläche“ wird in der Regel an Hand der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Siedlungs- und Verkehrsflächen gemessen. Die tatsächliche Fläche dürfte aber – besonders in Gebieten mit hohem Eigenheimanteil – deutlich geringer sein).

- Indikatoren sollen so gewählt werden, dass sie auf die geforderte Integration von ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Aspekten abgestellt werden. Dabei sind durchaus Zielkonflikte vorprogrammiert, die in einem gesellschaftlichen Prozess (= kommunaler Dialog) ausgehandelt werden müssen. (Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze mag die Ausweisung von zusätzlichen Gewerbeflächen als richtig erachtet werden, für die Erhaltung des Naturpotentials hingegen die Reduzierung des Flächenverbrauchs. Der nachhaltig relevante Indikator kann hier nur darin bestehen, zu messen, ob Flächeneinsatz und erstrebter Nutzen in einem akzeptablen Verhältnis zueinander stehen).
- Indikatoren sollen so gewählt werden, dass sie für alle Beteiligten „überschaubar“ angelegt sind; d.h., ein detailliertes Indikatorensystem mag für Expert/innen aussagefähig sein, für die meisten anderen Beteiligten ist es das nicht mehr. (Masse ist nicht gleich Klasse und deshalb müssen auch Reduktionen vorgenommen werden, um die erforderliche Kommunikation und Verständigung zu erleichtern).
- Nicht nur die Auswahl der einzelnen Indikatoren enthält eine Wertung, sondern auch die Zusammenstellung des gesamten Indikatorensystems. Ein gängiger „Fehler“ ist dabei die Betonung von Fragen, die ohnehin bearbeitet werden resp. immer schon in Bearbeitung sind. Es muss darauf abgestellt werden, dass ein (zahlenmäßig) ausgewogenes Verhältnis besteht. (Wenn die Hälfte aller Indikatoren sich nur auf einen Sektor des lokalen Umweltschutzes konzentriert, etwa die Abfallwirtschaft, so werden in der Auswertung abfallpolitische Aspekte die Bewertung der Ergebnisse dominieren).
- Indikatoren sollen so gewählt werden, dass eine Kontinuität im Berichtswesen möglich ist. Um zu vermeiden, dass schon in kurzen Abständen immer wieder Anpassungen der Indikatoren notwendig werden, ist es wichtig, sich im Vorfeld mit den Indikatoren kritisch auseinander zu setzen und ein konsistentes, (möglichst) dauerhaftes Konzept zu erstellen.

Bei der Verwendung von Indikatoren als Instrument nachhaltiger kommunaler Politik ergeben sich sehr unterschiedliche Herausforderungen

für die jeweilige Administration. Zum einen besteht die Gefahr, sich leicht erreichbare anstatt sachlich notwendige Ziele zu setzen, um schnelle Erfolge vorweisen zu können. Zweitens bringt das Erreichen von Zielvorgaben mit sich, dass eventuelle andere Bereiche vernachlässigt werden. Ein weiteres Problem besteht darin, dass Daten oft „geschönt“ wiedergegeben werden, was die Überprüfung von Indikatoren mit zunehmender Zahl deutlich erschwert.¹⁵ Umsetzungsprobleme können auch entstehen, wenn die Verfahren zur Indikatorenfassung auf eher freiwilliger Ebene erfolgen und damit nicht so stark bindenden Charakter haben wie andere, bereits etablierte Instrumente. Und dies weist noch auf einen anderen Punkt hin: neu hinzukommende Planungsinstrumente müssen ihre Relevanz für die kommunale Praxis erst beweisen, zumal sie oft feste Entscheidungsabläufe in Frage stellen und darin erworbene Fähigkeiten entwerten können. Damit verbunden ist aber auch die Gefahr, dass Interaktionen zwischen den Verwaltungs- resp. Politikbereichen nicht genügend realisiert werden. Deshalb gilt festzuhalten, dass eine sorgfältige Auswahl und Definition der Indikatoren eine zentrale Komponente für den Erfolg einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie ist. Nicht nur in der Definition der Politikinhalte, sondern auch in der Definition der Indikatoren ist es notwendig, eine längerfristige Perspektive im Hinblick auf Klarheit, Komplexität, Konsistenz, Kompatibilität und Kontinuität einzunehmen. Nur wenn die Ziele dieser Strategie klar definiert werden, kann auch gezielt auf die Erreichung derselben hingearbeitet werden.¹⁶

Wie unterschiedlich Indikatoren gewählt und erhoben werden – und damit an Transparenz besonders im internationalen Vergleich verlieren – zeigt folgender Ausschnitt:¹⁷

Lohnungleichheit von Männern und Frauen:	
UNO-Kommission zur nachhaltigen Entwicklung	Verhältnis des Durchschnittsverdienstes von Frauen und Männern
Europäische Union	Verhältnis der Stundenverdienste von Frauen zu jenen von Männern, Erwerbstätigkeit von mehr als 15 Std. pro Woche
Bundesregierung	Verhältnis der Bruttojahresverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer (35-39)

Trotz differierender Auslegungen von Indikatoren zur Nachhaltigkeit gibt es Bestrebungen zu ihrer Vereinheitlichung – besonders auf transnationaler Ebene – und teilweise unter Einbeziehung von Kommunen, die bereits Indikatorensets in der Praxis erproben resp. erprobt haben. Hervorzuheben sind hier:¹⁸

- *European Common Indicators Initiative, Initiative Sustainable Cities* der EU. 72 Städte aus Europa haben bereits angekündigt, diese Indikatoren einzusetzen. Die Initiative ist Teil der „Sustainable Cities Campaign“, die alle europäischen Städte umfasst, welche die Charta von Aalborg unterzeichnet haben.
- *Global Urban Observatory*, Indikatoren der UNCHS zur Messung der Lebensqualität in den Städten weltweit. In der Datenbank sind Informationen von 230 Städten in 110 Ländern abrufbar. Zudem können Städte die Funktion eines „Local Urban Observatory“ übernehmen, das dem „Global Urban Observatory“ Daten übermittelt und zudem in ein weltweites Netz der Information und des Erfahrungsaustauschs einbezogen ist.
- *Urban Audit*, eine Initiative der Generaldirektion Regionalpolitik und EUROSTAT der EU-Kommission mit dem Ziel, einen Städtevergleich innerhalb der EU zu ermöglichen. 58 der größten Städte der EU werden in den Vergleich mit einbezogen.
- *Zukunftsfähige Kommune*, um Kommunen bei ihren Lokalen Agenda 21-Prozessen zu unterstützen, wurden von der Deutschen Umwelthilfe Instrumente zur Bewertung der Agenda-Aktivitäten in einem Set von Nachhaltigkeitsindikatoren entwickelt.
- *Städte der Zukunft*, das Forschungsfeld „Städte der Zukunft“ des deutschen Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen verfolgt das Ziel, durch wissenschaftlich gestützte Strategien und empfehlenswerte Maßnahmen zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen beizutragen.
- PASTILLE ist ein Forschungsprojekt mit vier Partnern: Vertreter/innen der Stadtverwaltungen Winterthur, Lyon, Wien und London sowie je eine ortsansässige Forschungseinrichtung. Das Projekt beschäftigt sich mit der Entwicklung und Wirkung von Nachhaltigkeitsindikatoren.
- *European Foundation for Improvement of Living and Working Conditions*, diese Stiftung hat einen Vorschlag für ein Indikatorenset für Nachhaltigkeit vorgelegt, das besonders in mittelgroßen Städten erprobt werden soll.
- *Common Assessment Framework*, ein nicht

ausschließlich auf Nachhaltigkeit orientiertes Qualitätsmanagementsystem für den öffentlichen Sektor, bei dem eine Selbstbewertung durchgeführt und Vergleichbarkeit im europäischen Verbund hergestellt werden soll.

- **Customer Contracts**, sogenannte Qualitätsgarantien – wie bereits in Braintree/ Großbritannien und in Hämeenlinna/Finnland umgesetzt – eröffnen den Bürger/innen die – einklagbare – Gewährleistung von Qualität in den Bereichen der Bearbeitung und Umsetzung von Anträgen (Servicegarantien). Im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit ein durchaus relevanter Aspekt.

Die Vielzahl der Ansätze zeigt, dass es nach wie vor keinen einheitlichen Standard für Nachhaltigkeitsindikatoren gibt und von daher ein sehr heterogenes Feld an Zugängen, Umsetzungen, Versuchen und auch Optionen existiert. Zentral bleibt aber die Frage, wie sich ein praktikables Indikatorensystem in den kommunalen Verwaltungsalltag einbinden lässt?

Beispiel 1: Im Zusammenhang mit Wettbewerben und Kampagnen zur Unterstützung der Lokalen Agenda 21 wurde das Projekt „Zukunftsfähige Kommune“ von der Deutschen Umwelthilfe initiiert. Dabei konnten über 20 Kommunen gewonnen werden, ein Indikatoren-Set zu entwickeln und zu erproben, wobei differenziert wurde nach Städte und Gemeinden mit über und mit unter 15.000 Einwohner. Für die großen Kommunen ergaben sich 41 Indikatoren und 11 sogenannte „Sternchen“-Indikatoren, für die kleineren Städte und Gemeinden 21 Indikatoren und 6 mit „Sternchen“. Zwar sind alle Indikatoren für die Bewertung der Nachhaltigkeit gleich wichtig, doch die entsprechenden Daten werden nicht in allen Kommunen erfasst oder die Datenlage ist nicht ausreichend. Deshalb die Idee der „Sternchen“ als notwendige aber gegenwärtig noch nicht zu erfüllende Voraussetzung. Die Indikatoren gliedern sich in die Leitkategorien „Wohlbefinden“, „Soziale Gerechtigkeit“, „Umweltqualität und Ressourceneffizienz“ sowie „Wirtschaftliche Effizienz“. Für diese Kategorien gibt es jeweils sechs bis zwölf Standard-Indikatoren und die „Sternchen“-Indikatoren, die sowohl positive als auch negative Tendenzen anzeigen können.

	Städte über 15.000 Einwohner	Städte unter 15.000 Einwohner
Wohlbefinden	1. Flächen zur Erholung 2. Vereinsleben 3. Bevölkerungswandel 4. Fahrradwege innerhalb der Kommune 5. Kfz-Dichte 6. Verkehrsunfälle mit Kindern 7. Kriminalitätsrate Sternchenindikatoren 8. Kinder mit Übergewicht 9. Erschließung mit Bus und Bahn 10. Wohnungsnahe Grundversorgung 11. Aufenthaltsqualität auf innerstädtischen Plätzen 12. Lärmbelästigung	1. Betreuung von Kindern 2. Kulturelles Leben 3. Bevölkerungswandel Sternchenindikatoren 4. Erschließung mit Bus und Bahn 5. Wohnungsnahe Grundversorgung 6. Kinder mit Übergewicht
Soziale Gerechtigkeit	Betreuung von Kindern 14. Geschlechtergerechtigkeit 15. Kommunales Engagement für Jugendliche 16. Engagement für Behinderte 17. Bildungschancen für Migranten 18. Empfänger von Hilfen zum Lebensunterhalt 19. Bezahlbarer Wohnraum Sternchenindikator 20. Kommunales Eine-Welt-Engagement	7. Geschlechtergleichstellung in der Kommunalpolitik 8. Kommunales Engagement für Jugendliche 9. Empfänger von Hilfen zum Lebensunterhalt Sternchenindikator 10. Kommunales Eine-Welt-Engagement

	Städte über 15.000 Einwohner	Städte unter 15.000 Einwohner
Umweltqualität u. Ressourceneffizienz	21. Geschützte Natur	11. Geschützte Natur
	22. Flächenverbrauch	12. Flächenverbrauch
	23. Bodenschutz	13. Bodenschutz
	24. Biologische Qualität der Fließgewässer	14. Umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung
	25. Trinkwasserverbrauch im Haushalt	
	26. Abfallaufkommen	
	27. Kommunaler Energieverbrauch	
	28. Umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung	
	Sternchenindikatoren	Sternchenindikator
	29. Treibhaus-Emissionen	15. Vorkommen der Mehlschwalbe
30. Verkehrsmittelwahl „Modal Split“		
31. Bäume auf der Siedlungsfläche		
32. Vorkommen der Mehlschwalbe		
Wirtschaftliche Effizienz	33. Ausbildungschancen	16. Arbeitslose Jugendliche
	34. Arbeitslose Jugendliche	17. Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur
	35. Existenzgründungen	18. Kommunale Schulden
	36. Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	19. Arbeitslosenquote
	37. Kommunale Schulden	
	38. Arbeitslosenquote	Sternchenindikatoren
	39. Öko-zertifizierte Unternehmen	20. Arbeitsplatzangebot
	40. Flächeneffizienz der Wirtschaft	21. Öko-zertifizierte Unternehmen
	Sternchenindikator	22. Ökologische Landwirtschaft
	41. Ökologische Landwirtschaft	

Die Ergebnisse der einzelnen Indikatoren wurden in einem Wettbewerbsverfahren von einer Jury auf einer Skala von 1-10 bewertet und die Einzelwerte dann zueinander in Beziehung gesetzt. In der Gesamtbewertung der Nachhaltigkeit flossen die Ergebnisse dieses „Benchmarkings“ zu 80% ein. Eine weitere Rolle – ohne quantitative Zuordnung – spielte dann noch die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen sowie der Stellenwert der Agenda 21 im politischen Diskurs in den jeweiligen Kommunen.¹⁹

Das Indikatorenmodell hat einen entscheidenden Vorteil: Es ist von Praktiker/innen mit entwickelt worden und von daher darf eine gewisse Praxistauglichkeit vermutet werden. Betrachtet man nun aber die einzelnen Indikatoren genauer, so stellt sich doch eine ziemliche Uneinheitlichkeit und Beliebigkeit der Aussagefähigkeit zur Nachhaltigkeit heraus. Zwar sind die Indikatoren im Bereich der Umweltqualität durchaus auf Nachhaltigkeit orientiert, doch diese stehen gleichberechtigt neben „Vereinsleben“ und „Kindern mit Übergewicht“. Auch ist irreführend, dass „Kommunale Schulden“ als nachhaltiger Indikator gilt, ohne hierbei auf die starke Abhängigkeit dieses Wertes von den exogenen Kräften (d.h. Landes- und Bundespolitik) abzustellen und/oder dies auch in Abhängigkeit des Indikators „Empfänger von

Hilfe zum Lebensunterhalt“ zu sehen.

Diese fehlende Interdependenz zeigt, dass es nicht gelungen ist, integrierte Indikatoren zu entwickeln, die also gleichzeitig etwas über Umweltverträglichkeit und ökonomische Effizienz ausdrücken. Außerdem spiegeln die Nachhaltigkeitsindikatoren nicht wider, inwieweit eine Kommune überhaupt die Möglichkeit hat, bestimmte Trends zu beeinflussen (z.B. die Zahl der Sozialhilfebeziehenden in Regionen mit strukturell hoher Arbeitslosigkeit) und auch wo ihre Entwicklungs- und Innovationskerne liegen, deren Potential ausreichend erscheint, um einen wesentlichen Entwicklungsimpuls für Nachhaltigkeit zu geben.²⁰

Beispiel 2: Die Stadt Zürich hat Indikatoren aufgestellt, die den Versuch der gegenseitigen Abhängigkeit stärker betonen und darauf ausgerichtet sind, dass eine „eindeutige Verbindung zum übergeordneten Leitbild Nachhaltigkeit“²¹ vorhanden ist. Im Rahmen einer Fachstelle für Stadtentwicklung wurden 21 Indikatoren identifiziert, wobei diesen eine Beschreibung der Bevölkerungsentwicklung vorgeschaltet ist, die als Grundlage für alle anderen Indikatoren gilt. Die Ergebnisse der Datenerhebungen werden in einem jährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht dokumentiert und fortgeschrieben.

Name	Indikator
Bevölkerungsentwicklung	Wohnbevölkerung
WIRTSCHAFT	
1 Wertschöpfung	Wertschöpfung pro EinwohnerIn
2 Arbeitsplätze	Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im sekundären und tertiären Sektor pro Jahr
3 Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote
4 Steuereinnahmen	Reale Steuereinnahmen pro EinwohnerIn
5 Verschuldung der städtischen Haushalte	Reale Schulden pro EinwohnerIn
6 Materieller Wohlstand	Durchschnittliches reales steuerbares Einkommen pro Steuerpflichtigen
7 Wohnfläche	Bruttogeschossfläche Wohnen pro EinwohnerIn pro qm
UMWELT	
8 Globale Erwärmung	CO2-Emissionen pro EinwohnerIn
9 Mobilität	Anteil mit ÖV und Langsamverkehr zurückgelegte Personenkilometer pro Tag
10 Wasserverbrauch	Wasserverbrauch pro EinwohnerIn und Tag
11 Abfall	Nicht verwertbarer Siedlungsabfall pro EinwohnerIn und Tag
12 Luftqualität	Anzahl Tage mit guter Luftqualität
13 Lärmbelastung	Anteil lärmbelasteter EinwohnerInnen
14 Bodenversiegelung	Versiegelte Fläche pro EinwohnerIn
GESELLSCHAFT	
15 Zufriedenheit	Beliebtheit der Stadt Zürich als Wohnort
16 Sozialeleistungen	Sozialleistungsquote
17 Sicherheit	Gewaltstraftaten pro 1.000 EinwohnerInnen
18 Materielle Gleichstellung	Unterschied zwischen dem Einkommen von Männern und Frauen in vergleichbaren Tätigkeiten
19 Kinderbetreuung	Kinder (von 0-6 Jahren) pro Betreuungsplatz in Kindertagesstätten
20 Integration von AusländerInnen	Eheschließungen zwischen AusländerInnen und Einheimischen in % aller Eheschließungen von AusländerInnen
21 Internationale Solidarität	Finanzieller Beitrag der Stadt Zürich zur internationalen Solidarität

Diese Indikatoren zeichnen sich durch mehrere Aspekte aus: Zum einen können die vom Indikator abgebildeten Sachverhalte – zumindest mittelbar – tatsächlich durch Aktivitäten der Kommune beeinflusst werden und nur damit ein sinnvolles Monitoring gewährleisten. Zum anderen sind die Daten für die Indikatoren für das gesamte Stadtgebiet verfügbar, so dass deren Aktualisierung mit vertretbarem Aufwand kontinuierlich erfolgen kann. Da sich die Indikatoren sowohl an die eigene Verwaltung als auch an die Öffentlichkeit richten, sind sie anschaulich darstellbar und ohne Spezialkenntnisse verständlich, was die Sensibilisierung und Akzeptanz bei den Abnehmer/innen fördert. Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Erstmals werden in den Beschreibungen auch die

weiblichen Schreibweisen benutzt. Dies deutet nicht automatisch auf einen vorhandenen Einbezug des Themas Geschlechterverhältnis in die Nachhaltigkeitsdebatte, aber ein erster Schritt scheint es zu sein. Denn sonst wird noch immer konsequent dieses Thema in der Diskussion ausgeklammert oder nur am Rande geführt.²²

Für die Datenerhebung hat die Stadt Zürich nun die jeweiligen Inhaltsbereiche und die zugehörigen Indikatoren noch weiter differenziert und vereinheitlicht, um den Ansprüchen der einfachen Erhebung, der Transparenz und der Verknüpfung zur Nachhaltigkeit gerecht zu werden. Ausschnitthaft ein Beispiel aus dem Feld (18) „Materielle Gleichstellung“:

Materielle Gleichstellung	
Indikator	Unterschied zwischen dem Einkommen von Männern und Frauen bei vergleichbaren Tätigkeiten im Kanton Zürich
Definition	Gemessen wird der durchschnittliche Unterschied zwischen dem Median des monatlichen Bruttolohns im Kanton Zürich von Männern und Frauen für vergleichbare Tätigkeiten (Basis Vollzeitarbeitsplätze).
Einheit	Sfr.
Bedeutung für die Nachhaltigkeit	Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft ist ein wesentliches Anliegen der sozialen Gerechtigkeit und damit der nachhaltigen Entwicklung. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist aber selbst in der hochentwickelten Schweiz nach wie vor keine Realität
Übergeordnete Ziele	Bundesverfassung Art.8,3: Mann und Frau sind gleichberechtigt (...). Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit
Datenquelle	Bundesamt für Statistik, Lohnstrukturerhebung (Stat. Jahrbuch der Stadt Zürich)
Verfügbarkeit	ab 1994
Periodizität	alle 2 Jahre
Probleme	Dieser Indikator ist nur für den Bezugsraum Kanton Zürich erhältlich. Zwar unterscheiden sich die Stadt und der Kanton in Bezug auf das Erwerbsverhalten der Frauen (mehr Vollzeitbeschäftigte, mehr hochqualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Stadt). Die Aussage – weniger Lohn für gleiche Arbeit – stimmt jedoch tendenziell für die Stadt Zürich. Der Indikator wird mit dem Hinweis auf den Kanton verwendet
Links zu anderen Indikatoren	Materieller Wohlstand
Hilfsindikatoren für die Interpretation	Erwerbsquote von Frauen der Stadt Zürich (Stat. Amt Stadt Zürich) Erwerbsquote von Frauen im Kanton Zürich (Stat. Amt Kanton Zürich) Anteil Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigte der Stadt Zürich (Stat. Jahrbuch der Stadt Zürich) Anteil Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigte im Kanton Zürich (Stat. Amt Kanton Zürich)
Vergleichbarkeit	Die Lohnstrukturerhebung bezieht sich auf sieben Großregionen in der Schweiz. Für diese Regionen ist der Indikator somit vergleichbar

2.2 Selbstbewertungsmodell

Ein anderer Ansatz zur Erfassung kommunaler Nachhaltigkeitsstrukturen orientiert sich am Muster der Selbstbewertung des sogenannten EFQM-Modells (European Foundation for Quality Management); d.h. an Hand von Kategorien werden erreichte Ergebnisse ermittelt und durch eine (Selbst-)Bewertung in ihrer Relevanz dargestellt. Damit wird gewährleistet, dass die Kommune ihre Bewertungsschritte in konkrete Arbeitspakete überführt und, anstatt sich in einer Ansammlung von Einzelmaßnahmen und Aktivitäten zu verlieren – wie es bei den Indikatorenmodellen schnell der Fall sein kann – verwaltungsspezifisch und problemorientiert zu strukturieren und umzusetzen.

Beispiel 1: Ein EFQM-Modell, das im Rahmen der Agenda 21-Aktivitäten entstand,²³ geht von neun Kriterienbereichen mit unterschiedlicher Gewichtung im Gesamtzusammenhang aus, die sich auf Führung (Gewichtung 10%), nachhaltige Kommunalpolitik und -strategie (Gewichtung 8%), Bürger- und Mitarbeiterorientierung (Gewichtung 9%), Ressourcen, Prozessmanagement (Gewichtung 14%), allgemeine Bürger- und Mitarbeiterzufriedenheit (Gewichtung 9%), Zufriedenheit der Agenda-Aktiven (Gewichtung 20%), gesellschaftliche Wirkungen (Gewichtung 6%), und Ergebnisse (Gewichtung 15%) beziehen. Dabei reicht die Bewertung eines Erreichungs- oder Einschätzungsgrades

von 0% (keinerlei Aktivitäten oder Maßnahmen) über 25% (es gibt einige Anzeichen bzw. erste Schritte werden unternommen) zu 50% (Aktivitäten wurden eingeleitet und Maßnahmen ergriffen) zu 75% (Aktivitäten sind Bestandteil der täglichen Arbeit und Kultur) bis hin zu 100% als vollständige Umsetzung und dementsprechend vorbildliche Praxis.

Die einzelnen Kriterien des Modells enthalten noch jeweils eine Reihe von Unterkriterien, die mögliche Ansatzpunkte für ein detaillierteres Verständnis des jeweiligen Kriteriums aufzeigen und so eine Art Leitfaden für die praktische Umsetzung darstellen. Die Selbstbewertung hat gegenüber dem ausschließlichen Indikatorenmodell nennenswerte Vorteile:

- Es wird der gesamte Prozess der Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung in einer Kommune oder einer einzelnen Abteilung/einem einzelnen Amt bewertet.
- Dabei stehen neben den Kategorien der Führung und der Mitarbeiter/innen-Beteiligung auch die nachhaltigkeitsorientierte Politik und Strategie auf dem „Prüfstand“, werden hier doch die Weichen für eine optimale Verwendung der Ressourcen und eine flexible Führung aller Prozesse gestellt. Daraus resultierende Ergebnisse schlagen sich in einer steigenden Bürger/innen- und Mitarbeiter/innen-Zufriedenheit nieder und spiegeln den Wert „Nachhaltigkeit“ genau in seiner tatsächlichen Nachhaltigkeit wider bzw. in der Resonanz auf interne und externe Einschätzungen.
- Dies kann und muss systematisch erfasst und in seiner Entwicklung über die Zeit hinweg verfolgt werden.
- Somit bietet sich für die Kommune die Chance, ein aufeinander abgestimmtes und

in ihren Strukturen verankertes System nachhaltiger Entwicklung zu erstellen und durch die laufende Bewertung in Verbesserungsressourcen zu investieren bzw. hierdurch erst ein sinnvolles Nachhaltigkeitscontrolling der Leitbilder, Qualitätsziele und -daten zu realisieren.

Ebenso wie bei den Indikatorenmodellen sind zwischenzeitlich zahlreiche Ansätze analog der EFQM-Vorgehensweise entwickelt worden, in letzter Zeit auch insbesondere in Verbindung mit E-Government.²⁴

Beispiel 2: Ein auf die nachhaltige Entwicklung im kommunalen Zusammenhang ausgerichtete Bewertung bietet auch nachfolgendes Modell.²⁵ Hier wird zunächst auf die einzelnen Kriterien abgestellt, die sich auf die Realisierung nachhaltiger Aktivitäten und deren Umsetzung in ebensolchen Strukturen beziehen. Dieser „Leitfaden“ führt dann zu einem Selbstbewertungsbogen, in dem die Einschätzungen vorgenommen werden können, aber auch – und das ist eine neue Dimension in der Nachhaltigkeitsdiskussion – über die Profilbildung von Stärken und Schwächen (und der berechtigten Nachfrage nach dem „Überdenken der vorgenommenen Betrachtung und Begründung“) nachgedacht wird und als Konsequenz hieraus Aktivitäten und Projekte zur Verbesserung formuliert werden. Die dargelegte Situation kommunaler Nachhaltigkeitsaktivitäten wird im Rahmen einer „Evaluationsspinne“ erfasst und für den Ermittlungszeitraum fixiert. Diese Markierungen stellen den Ausgangspunkt für die nächste Überprüfung dar, um so sukzessive einen immer höheren Grad der Vervollkommnung nachhaltiger Entwicklung zu erreichen.

Kriterien	Fragen
1. Gesamtbild	<p>Wird die Nachhaltigkeitspolitik der Kommune auf der Basis der umfassenden Nutzung von Informationen aus allen relevanten Quellen (Bürger/innen, Interessensgruppen / Träger / Mitarbeiter/innen / Medien, Nachbarkommunen / Landkreise entwickelt und angepasst?</p> <p>Sind im kommunalen Arbeitsprozess die wichtigen, zielführenden und querschnittsbezogenen Ablaufprozesse ermittelt und beschrieben, so dass die Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Beurteilungsmaßstäbe für den Erfolg des Arbeitsprozesses eindeutig sind?</p>
2. Strategie	<p>Hat die Kommune ein eindeutig definiertes Leitbild – oder etwas ähnliches? Wird die Strategie der Kommune in angemessener Form nach innen und außen kommuniziert?</p> <p>Werden die vorhandenen Strukturen der Kommune den gesetzlichen Vorgaben z.B. durch das KJHG, den Forderungen des 11. Jugendberichts, den fachlichen Anforderungen und den gegebenen und noch zu erwartenden gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht?</p>

3. Partizipation	Lässt sich innerhalb der bestehenden Strukturen in der Kommune eine bessere und primär an den Lebenszusammenhängen und Wünschen der Bürger/innen ausgerichtete Kooperation der verschiedenen Arbeitsbereiche der Kommune/seiner einzelnen Ämter verstärken oder neu entwickeln? Sind bislang gesellschaftlich nicht ausreichend berücksichtigte Gruppen stärker in die Arbeit integriert (Gender Mainstreaming)? Z.B. ist Jugendhilfe in erster Linie Dienstleistung, die im Zusammenwirken mit von Nutzer/innen und Mitarbeiter/innen zustande kommt. Daher sind die Nutzer/innen als Ko-Produzenten/innen ernst zu nehmen. Ist die Mitwirkung an der Gestaltung der Dienstleistung ausreichend gesichert?
4. Resonanz intern	Ist die Idee des „internen Kunden“ in der Kommune bekannt und wird danach gehandelt; d.h. existiert eine Gleichberechtigung im Austausch von Leistungen? Werden in der Kommune Umfragen / Diskussionen betreffs der Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen durchgeführt, ausgewertet und Maßnahmen abgeleitet?
5. Resonanz extern	Werden in der Kommune Umfragen / Diskussionen betreffs der Zufriedenheit der Bürger/innen der Träger durchgeführt, ausgewertet und Maßnahmen abgeleitet? Nutzt die Kommune diese Ergebnisse für Verbesserungsmaßnahmen?
6. Wirkungs- dauer	Werden Entwicklungen und problematische Veränderungen der Lebensverhältnisse und der Sozialräume schneller erkannt und in Bezug auf einen entstehenden Bedarf umfassender interpretiert und umgesetzt? Erfüllt die Kommune die Anforderungen gegenüber den freien Trägern und anderen Kooperationspartnern in Bezug auf umfassende Information, faire Kommunikation, Aufmerksamkeit, Zuverlässigkeit, Verbindlichkeit?
7. Kontinuität	Wird die geforderte partnerschaftliche Kooperation z.B. zwischen Jugendamt – als Gesamtverantwortlichem für die Jugendhilfe – und den freien Trägern realisiert? Regen die Führungskräfte der Kommune kontinuierliche Verbesserungen an und wirken sie aktiv mit, wenn es darum geht, die Qualität der Ergebnisse und Abläufe zu steigern?
8. Vernetzung	Verfügt die Kommune über Regeln und Methoden, um kontinuierlich festzustellen, ob die Partner/Träger/Lieferanten den Leitlinien nachhaltigen Wirtschaftens entsprechen? Werden in der Kommune Qualitätszirkel oder ähnliche Gruppen genutzt, in denen Verbesserungsvorschläge für die Prozessoptimierung z.B. der Bürgerbeteiligung oder der lokalen Agenda 21 entwickelt werden?
9. Ressourcen	Steht die Ausgaben- und Finanzpolitik im Einklang mit den formulierten Qualitätszielen? Werden in der Kommune die räumlichen und betrieblichen Ressourcen optimal genutzt? Verfügt die Kommune über Methoden, Regeln und Vorschriften, mit denen bestehende Technologien oder Know-how ständig weiter entwickelt werden und neue Verfahren hinsichtlich ihres Nutzens ermittelt, erprobt und eingesetzt werden? Kann die Kommune zeitnah oder nur mit minimalem Ressourcenzuwachs auf veränderten oder neuen Bedarf reagieren?
10. Gesellschaftliche Wirkungen	Findet zwischen der Kommune und den Trägern des relevanten gesellschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Umfelds ein regelmäßiger Dialog statt, in dem es darum geht, das gegenseitige Verhältnis dauerhaft zu verbessern? Kann die Kommune ein aktuelles Programm zur Umsetzung einer nachhaltigen Ressourcen- und Entwicklungspolitik vorweisen?

11. Ergebnisse und Indikatoren	Verfügt die Kommune über materielle Messgrößen für die Ermittlung des Erfolgs der Nachhaltigkeitspolitik (Ökobilanzen, finanzielle Qualitäten, wirtschaftliche Entwicklung, Sozialraumorientierung)? Verfügt die Kommune über immaterielle Messgrößen für die Ermittlung des Erfolgs der Nachhaltigkeitspolitik (Auszeichnungen, kulturelle Bedeutung der Kommune, Zustimmungsquoten, Projektintensitäten)
---------------------------------------	--

Deutlich wird bei diesem Modell, dass es mehreren Ansprüchen genügt:

- es orientiert sich an relevanten Bereichen nachhaltiger Entwicklung, in denen die Kommunen aktiv sein müssen;
- dabei werden zunächst keine Indikatoren in den Mittelpunkt der Einschätzungen/Bewertungen gestellt, sondern der Versuch einer „Anschlussfähigkeit“ an die gesellschaftlichen Transformationsprozesse über die Auseinandersetzung und Beurteilung kommunaler Gestaltungs- und Lösungswege unternommen. Da mit Indikatoren immer auch die jeweilige Zielsetzung mit intendiert ist, wird gerade bei der Selbstbewertung diese erst im Zusammenspiel der einzelnen Aktivitäten transparent;
- dies setzt voraus, dass mit den ermittelten Kriterien auch die notwendige Stärkung der kommunalen Identität, Politik, Wirtschaft, des Jugendbereichs und der Kultur als die wesentlichen Eckpunkte eines nachhaltigen Modells ermöglicht wird;
- hierzu wird eine starke Gewichtung auf partizipative Elemente gelegt. Die Selbstbewertung ist so angelegt, dass sie ämterbezogen erfolgen kann, um im Ergebnis aller Bewertungen dann eine zeitlich synchrone wechselseitige Beförderung des Ziel nachhaltiger Entwicklung auf allen kommunalen Ebenen zu verstärken;
- gerade der kommunale Dialog ermöglicht es, diesen Anforderungen gerecht zu werden durch das Bestreben, neue Bindungen zwischen sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Innovationen im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu fördern.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. G. Bachmann: Nachhaltigkeit: Politik mit gesellschaftlicher Perspektive; in: aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zum Parlament (B 31-32/2002), S. 3ff.
- 2) M. Schäfer, S. Schön: Nachhaltigkeit als Projekt der Moderne; Berlin 2000, S. 11.
- 3) E. Müller: Der Stellenwert sozialer Themen in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie; in: BMFSFJ (Hg.): Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit – Forum zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie; Berlin 2002, S. 13.
- 4) Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerlichen Engagements“; in: Bts.Drs. 14/8900, S. 88.
- 5) Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Berlin o.J., S. 252.
- 6) Vgl. hierzu H. Heinelt, E. Mühlich (Hg.): Lokale Agenda 21-Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse; Opladen 2000.
- 7) Vgl. zu den Zitaten: Podiumsdiskussion „Soziale Nachhaltigkeitspolitik – nachhaltige Sozialpolitik“; in: BMFSFJ (Hg.), Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit – Forum zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, a.a.O., 26 ff.
- 8) E. Müller: Der Stellenwert sozialer Themen in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie; in: BMFSFJ (Hg.): Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit – Forum zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie; a.a.O., S. 16.
- 9) Vgl. hierzu insbesondere: Bericht der Enquete-Kommission, a.a.O., S. 88 ff.
- 10) Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass angesichts der Reform- und Transformationsnotwendigkeiten, die sich aus der Nachhaltigkeitsdiskussion ergeben, die Forderung nach Stärkung des föderalen Systems erwächst: Nachhaltigkeit ist Ländersache, so die Aussage! Gleichzeitig weitet sich aber der globale Kontext immer stärker aus und bestimmt bereits unzählige Bereiche. Wie unter diesen Bedingungen nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsformen entwickelt werden können, ist durchaus offen. Vgl. hierzu: E. Schramm: Nachhaltige Entwicklung in den Bundesländern; in: Zeitschrift Kommune, 18. Jg., 11/2000.
- 11) Vgl. H. Brocke: Soziale Arbeit als Koproduktion. 10 Empfehlungen zur Nachhaltigkeit sozial(räumlich)er Integration. Journal der Regiestelle E&C, Nummer 7 (26.08.2002), S. 3f.
- 12) J. Bogumil, L. Holtkamp: Entscheidungs- und Implementationsprobleme bei Sozialraumbudgets aus politikwissenschaftlicher Sicht; Expertise im Auftrag der Regiestelle E&C der Stiftung SPI, Berlin 2002, S. 6.
- 13) Vgl. hierzu auch: Projektgruppe WANJA (Hg.): Handbuch zum Wirksamkeitsdialog in der offenen Kinder- und Jugendarbeit; Münster 2000, S. 268 ff. Dort werden u.a. Prinzipien eines Wirksamkeitsdialogs formuliert wie Multiperspektivität, Partizipation, Transparenz, Fachlichkeit und Nutzerorientierung.
- 14) Ch. Behrendt: Indikatoren im Sozialen Bereich in europäischer Perspektive; in: BMFSFJ (Hg.), Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit – Forum zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie; a.a.O., S. 37
- 15) Ein aussagekräftiges Beispiel verdeutlicht dies: „...Wenn eine Statistik (...) erstellt wurde, überprüfte man immer, ob die Zahlenangaben so weitergegeben werden konnten, damit nicht irgendwo in einem Ort die Wogen hochgehen, weil der (...) Bürgermeister anruft und sich genauer erkundigt, was da in seiner Gemeinde vorgeht...“. Zitiert nach: J. Bogumil, L. Holtkamp: Entscheidungs- und Implementationsprobleme bei Sozialraumbudgets aus politikwissenschaftlicher Sicht; a.a.O., S. 8.
- 16) Damit wird auch das allgemein bekannte Phänomen weitestgehend umgangen, dass Kommunalpolitik und Verwaltungsspitzen häufig für neue Planungsansätze zu begeistern sind, sofern dabei nicht die Zielerreichungsgrade gemessen werden.
- 17) Vgl. hierzu Ch. Behrendt, a.a.O., S. 42.
- 18) Vgl. hierzu: Nachhaltigkeitsindikatoren Stadt Zürich; ORL-Institut der ETH Zürich; Zürich o.J., S. 8 ff.
- 19) Es sind eine Vielzahl von sogenannten „guten Beispielen nachhaltiger Entwicklung“, aus der Agenda 21-Bewegung hervorgegangen. So z.B. eine Nachhaltigkeitsinventur der Stadt Nienburg/Weser, ein Nachhaltigkeitscheck von Ratsvorlagen aus Rheinfelden/Baden und Schweiz sowie ein Kompass Nachhaltigkeit der Stadt München.
- 20) Vgl. hierzu u.a.: K. Lindloff, L. Schneider: Handbuch nachhaltige regionale Entwicklung; Dortmund 2001.
- 21) Nachhaltigkeitsindikatoren Stadt Zürich; a.a.O., S. 10.
- 22) Vgl. hierzu besonders: M. Schäfer, S. Schön, a.a.O., S. 239 ff.
- 23) Fragebogen zur (Selbst-)Evaluation von Agenda 21-Prozessen nach dem Qualitätsmodell der EFQM; Richard Häusler, TU WAS; o.O., o.J.
- 24) Hier hat insbesondere die Bertelsmann Stiftung einen Balanced E-Government Index entwickelt, bei dem Kommunen online eine Selbstevaluation ihrer Verwaltungsleistungen in Bezug auf Nutzen, Effizienz, Partizipation, Transparenz und Change Management durchführen können. Gegenwärtig sind 187 bewertbare Einträge erfolgt und der selbsterstellte „Notendurchschnitt“ beträgt 2,9 (Schulnotenskala!). Bertelsmann Stiftung: Balanced E-Government. Update zur Ergebnisauswertung der Begix-Online Selbstevaluation; Gütersloh 2002.
- 25) Vgl. hierzu ANHANG „Selbstbewertungsmodell“.

Anhang

„Selbstbewertung Nachhaltige Entwicklung“

Vorbemerkung

Die folgende Selbstbewertung gliedert sich in die folgenden Abschnitte:

1. Gesamtbild
2. Strategie
3. Partizipation
4. Resonanz (1)
5. Resonanz (2)
6. Wirkungsdauer
7. Kontinuität
8. Vernetzung
9. Ressourcen
10. Gesellschaftliche Wirkungen
11. Ergebnisse und Indikatoren

Die Selbstbewertung stellt eine erste Einschätzung dar. Sie zeigt in den dargelegten Einschätzungen, wie weit die organisatorisch/institutionelle Struktur der Kommune/des jeweiligen Amtes/seiner Abteilungen wirksam ist.

Als Einschätzung (=Kriterien der Auswahl) wird vorgeschlagen, dass die Stufe (4) „in mehreren Punkten“ dann gewählt wird, wenn deutlich weniger als die Hälfte des Gesamtpotentials erreicht wurde. Ebenso sollte die Stufe (5) „Trifft überwiegend zu“ dann gewählt werden, wenn deutlich mehr als die Hälfte des Gesamtpotentials erreicht wurde. Die anderen Einschätzungen erklären sich von selbst.

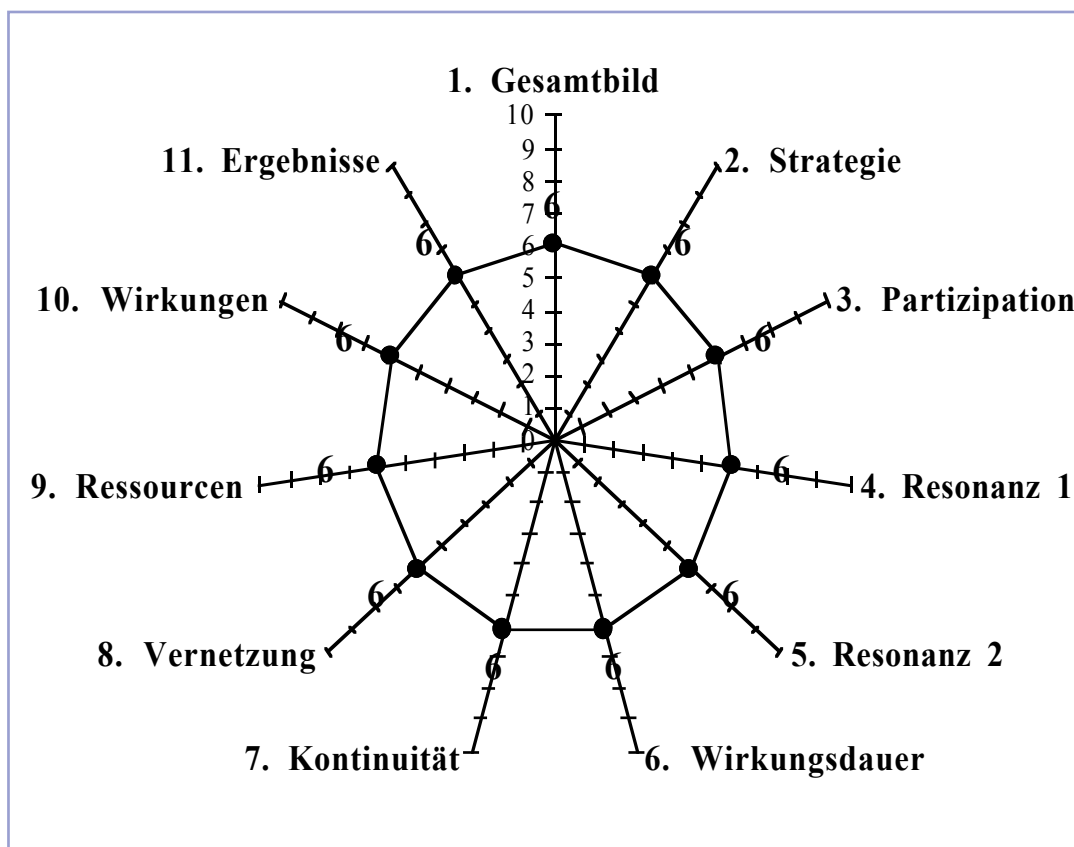
Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
Trifft absolut nicht zu	Trifft in einem Punkt zu	Trifft in einzelnen Punkten zu	Trifft in mehreren Punkten zu	Trifft überwiegend zu	Trifft absolut zu
<i>Erklärung: Wie angege- ben</i>	<i>Erklärung: Wie angege- ben</i>	<i>Erklärung: Wie angege- ben</i>	<i>Erklärung: Deutlich weni- ger als die Hälfte des Ge- samtpotentials</i>	<i>Erklärung: Deutlich mehr als die Hälfte des Gesamt- potentials</i>	<i>Erklärung: Wie angege- ben</i>

Die Selbstbewertung kann von jeder Person einzeln gemacht werden. Interessanter ist jedoch die gemeinsame Bewertung in einer Gruppe. Die Bewertungen erfolgen im Konsens. Die in die Diskussion eingebrachten Anmerkungen werden in einer „Auswertungsspinne“ festgehalten, die – über einen bestimmten Zeitverlauf hinaus – die (Weiter-)Entwicklung der Aktivitäten des Jugendamtes im Bereich Nachhaltigkeit dokumentiert.

Profil der Kommune

In diese Evaluationsspinne können die ermittelten Werte der einzelnen Nachhaltigkeitsbereiche eingetragen werden und dokumentieren damit den aktuellen Stand der nachhaltigen Entwicklung einer Kommune. Aus den Differenzen zu der maximalen Wertigkeit „trifft absolut zu“ sind die Aktivitäten und Maßnahmen/Leistungen abzulesen, die es zukünftig umzusetzen gilt, analog den gemachten Vorschlägen bei den einzelnen Scherpunkten.


Ein solches „Bild“ ermöglicht auf der Zeitschiene auch die jeweiligen Entwicklungsschritte und/oder Rückschritte zu veranschaulichen.



1. Gesamtbild

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit Ihrer Zufriedenheit mit den Ergebnissen nachhaltiger Aktivitäten in Ihrem Jugendamt.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
Die Aktivitäten (Regelangebote, Projekte, Maßnahmen) tragen viel dazu bei, dass dem Ziel eines auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Jugendamtes näher gekommen wird.						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihrer Komune liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:


Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

2. Strategie

Dieser Abschnitt fragt nach einer systematischen Verfolgung nachhaltiger Ziele in Ihrer Kommune.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
In der Kommune gibt es eine Strategie zur systematischen Verfolgung nachhaltiger Ziele.						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihres Jugendamtes liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:

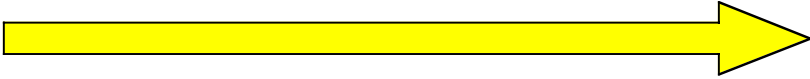
Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

3. Partizipation

Dieser Abschnitt beschäftigt sich nun im besonderen mit der Beteiligung von Bürgern/innen, Mitarbeiter/innen und anderen Betroffenen in den genannten Aktivitäten.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
Die Beteiligung von Bürgern/innen, Mitarbeitern/innen und anderen Beteiligten ist ausgezeichnet						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihres Jugendamtes liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:


Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

4. Resonanz (1)

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Resonanz innerhalb der Kommune auf die Aktivitäten im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
Die Resonanz auf die Arbeit innerhalb der Kommune ist ausgezeichnet						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihres Jugendamtes liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:

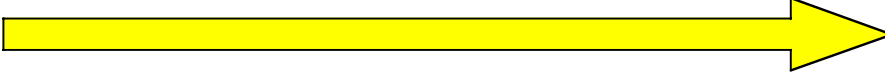
Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

5. Resonanz (2)

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Resonanz außerhalb der kommunalen Einrichtungen auf die Aktivitäten im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
Die Resonanz auf die Arbeit außerhalb kommunaler Einrichtungen ist ausgezeichnet						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihrer Kommune liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:

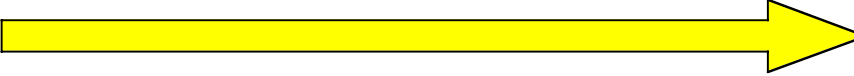
Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

6. Wirkungsdauer

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Wirkungsdauer der (Regel-) Angebote / Projekte / Maßnahmen.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
Die (Regel-) Angebote, Projekte, Maßnahmen haben eine langfristige Wirkung.						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihres Jugendamtes liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:

Schwächen:


Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

7. Kontinuität

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der langfristigen Absicherung nachhaltiger Aktivitäten, z.B. im Hinblick auf

- die Weitergabe der Arbeitsergebnisse und -erfahrungen an Gremien (Jugendhilfeausschuss u.a.)
- einen kommunalen Beitrag im Sinne der Qualitätssicherung einzelner Aktivitäten / Projekte / Maßnahmen.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
Die Kontinuität der Arbeitsergebnisse / Projekte u.ä. ist gesichert.						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihrer Kommune liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:

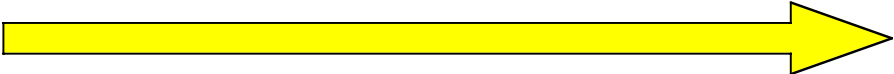
Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

8. Vernetzung

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Vernetzung nachhaltiger Aktivitäten untereinander und der Einbindung in andere kommunale Tätigkeiten.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
Die einzelnen Aktivitäten sind gut in andere kommunale Tätigkeiten eingebunden						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihrer Kommune liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:


Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

9. Ressourcen

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Nutzung der vorhandenen Ressourcen Ihrer Kommune (Zeit, Geld, Räume, Personal, Partnerschaften etc.) für die Realisierung der Aktivitäten / Projekte.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
Die Ressourcen der Kommune werden optimal für die Aktivitäten/Projekte genutzt						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihrer Kommune liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:


Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

10. Gesellschaftliche Wirkung

Dieser Abschnitt fragt nach einem kommunalen „Nachhaltigkeitsmarketing“; d.h. Übernahme von Verantwortung im Zusammenhang mit globaler Gerechtigkeit.

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
In der Kommune gibt es ein Nachhaltigkeitsmarketing, das über die unmittelbaren lokalen Belange hinaus für globale Entwicklungsaufgaben, kulturellen Austausch und weltweite Gerechtigkeit in entsprechenden Projekten eintritt						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihrer Kommune liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:

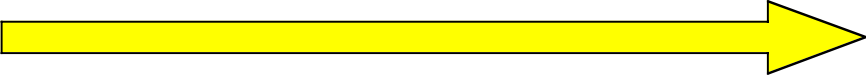
Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

11. Ergebnisse und Indikatoren

Dieser Abschnitt fragt nach kommunalen Messgrößen in Ihrer Kommune für die Ermittlung des Erfolgs ihrer Nachhaltigkeitspolitik (Beteiligungsquoten, Öko-Bilanzen, Ressourceneinsparungen, wirtschaftliche Entwicklung).

Trifft die folgende Aussage zu? Markieren Sie Ihre Einschätzung auf dem Pfeil.

	1	2	3	4	5	6
Die Kommune verfügt über Messgrößen für die Messung des Erfolgs (Messzahlen, Zustimmungsquoten, Imagefaktor u.ä.)						

Denken Sie nun bitte noch einmal über Ihre Bewertung nach. Auf welche Tatsachen stützt sie sich?

Müssen Sie nach Betrachtung der Begründung Ihre Bewertung überdenken?

Bitte denken Sie an dieser Stelle darüber nach, wo besondere Stärken Ihrer Kommune liegen könnten und wo Sie gegebenenfalls Schwächen sehen.

Stärken:

Schwächen:

Gibt es Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen?

Ist die Nachhaltigkeitsdebatte eine Diskussion der „Alten“ über die „Jungen“? Jugendbeteiligung im Nachhaltigkeitsprozess aus der Sicht junger Menschen

Niemand will soviel Reformen durchführen wie Kinder (Franz Kafka)

Wenn wir über Kinder und Jugendliche und Nachhaltige Entwicklung sprechen, so sind zwei unterschiedliche Ebenen auszumachen. Zum einen meint Nachhaltige Entwicklung eine Entwicklung für die Zukunftschancen der zukünftigen Generationen und damit auch der jungen Generation (inhaltliche Dimension). Und zum anderen meint Nachhaltige Entwicklung eine Entwicklung mit Kindern und Jugendlichen, sprich eine Entwicklung, in der Kinder und Jugendliche die Zukunft mitgestalten (methodische Dimension).

I. Nachhaltigkeit als eine Entwicklung für Kinder und Jugendliche

„Nachhaltige“ oder „zukunftsfähige Entwicklung“ hat zum Ziel, gegenwärtigen und nachrückenden Generationen eine Zukunft in Freiheit zu ermöglichen, eine gesunde Zukunft in einem sicheren Lebensraum. Angesichts der Tatsache, dass die zukünftigen Generationen ihre Interessen nicht artikulieren können, sind diejenigen, die die längste Lebenszeit noch vor sich haben, also Kinder und Jugendliche, Repräsentanten dieser Zukunftsinteressen. Motto ist: *Wir Kinder und Jugendliche machen 50 Prozent der Weltbevölkerung aus, aber 100 Prozent der Zukunft.*

Doch wir sind nicht nur von einer Zukunft in Freiheit für ‚noch Ungeborene‘, sondern auch von einer ‚freien‘ Zukunft für die lebende junge Generation weit entfernt. Zu viele politische Entscheidungen mit unwiderruflichen und eindeutig negativen Konsequenzen wurden nicht nur, sondern werden noch immer getroffen. Wir ‚Jungen‘ sehen uns Folgen wie etwa horrenden Verschuldungssummen in Ländern und Gemeinden, die nur schwer abzubauen sind und einer bevorstehenden Klimakatastrophe, die nur schwer zu verhindern ist, ausgesetzt.

Wir ‚Jungen‘ und unsere Interessen stehen eben nicht im Zentrum der Entscheidungen der ‚Alten‘, sondern nach wie vor wird kurzfristigen Interessen Vorrang eingeräumt und die Zukunft

der ‚Jungen‘ wissentlich geopfert.

II. Nachhaltigkeit als eine Entwicklung mit Kindern und Jugendlichen

Umso wichtiger ist und wird die aktive Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Damit wird nicht nur eine höhere Demokratiestufe erklommen und wirkliche Demokratie gelebt (normative Dimension), sondern die Beteiligung von jungen Menschen ist auch von essentieller funktionaler Bedeutung.

Warum ist unsere Beteiligung wichtig?

Wir Kinder und Jugendliche bringen mit unseren langfristigen Interessen die ‚Zukunftsdimension‘ und damit die Dimension der ‚Gerechtigkeit zwischen den Generationen‘ in den politischen Diskurs ein. Wir sind gemessen an unserer Lebenszeit die von den politischen Entscheidungen am stärksten Betroffenen.

Dabei ist die Verankerung der ‚Zukunftsdimension‘ insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Deutschland wichtig. Die zum Großteil nicht wahlberechtigten Jugendlichen sind eine immer kleiner werdende Minderheit und ihre Interessen laufen Gefahr, kaum noch vertreten zu werden. Dies führt nicht nur zu einem Vertrauensschwund der jungen Menschen in das demokratische System und seinen Wohlfahrtsinstitutionen – nicht umsonst hat man ja bereits eine ‚Institutionenverdrossenheit‘ bei Jugendlichen festgestellt – sondern kann auch zu Generationskonflikten führen. Beteiligung wird damit zur Bedingung für die Stabilität des demokratischen Systems in Deutschland, damit Kinder und Jugendliche wieder die Gewissheit bekommen, dass ihre Interessen im politischen System Gehör finden.

Angesichts der zahlreichen Zeugnisse des verantwortungslosen Umgangs mit der Zukunft ist Beteiligung dabei nicht Selbstzweck, sondern für die Jugend ein demokratisches Mittel, sich sowohl für die ihrigen, als auch für die Lebensbedingungen der zukünftigen Generationen einzusetzen. In dem Moment, wo die ‚Alten‘ die Interessen der ‚Jungen‘ nicht ausreichend vertreten und berücksichtigen, wird das ‚Sich-Einsetzen‘ von Kindern und Jugendlichen zur Notwendigkeit.

Und aus diesem Gefühl heraus, dass wir nicht nur ein Recht auf Selbstvertretung, sondern auch eine Verpflichtung gegenüber der Zukunft haben, schöpfen viele Jugendliche, die mit mir im Nachhaltigkeitsbereich aktiv sind, ihre Motivation und ihren kontinuierlichen Ta-

tendrang. Lange haben sich nicht mehr so viele Jugendorganisationen und -vereine kritisch in die politischen Debatten eingebracht, wie in den vergangenen zwei Jahren. Nur zwei Beispiele sollen an dieser Stelle genannt sein: Als die Riester-Rente verabschiedet wurde, organisierte die Jugendorganisation Yois Deutschland eine Protestaktion in Berlin, in der sie symbolisch die junge Generation zu Grabe trug, um auf diesem Wege auf die Konsequenzen der Riester-Rente für die ‚Jungen‘ aufmerksam zu machen. Und im August diesen Jahres kamen Greenteamer auf dem Alexanderplatz zusammen, um auf die schleppenden Verhandlungsfortschritte der UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg aufmerksam zu machen. Sich um eine Pappmaché-Welt versammelnd, verteidigten sie bei dieser Aktion, auf Sandsäcken sitzend, die Welt vor den drohenden Fluten.

Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt ist ferner, dass Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine unabdingbare Voraussetzung für einen echten Generationendialog darstellt. Wir brauchen nicht eine Gesellschaft, in der die ‚Alten‘ über die ‚Jungen‘ und die ‚Jungen‘ über die ‚Alten‘ reden, wir brauchen einen Austausch und ein Miteinander. Will die deutsche Gesellschaft eine zukunftsorientierte Gesellschaft sein, dann muss sie Kinder und Jugendliche um ihrer selbst willen beteiligen.

III. Ist Jugendbeteiligung immer auch ‚nachhaltig‘ im Sinne der Agenda 21?

Traditionelle Beteiligung versus Beteiligung im Rahmen der Lokalen Agenda 21

Meine These ist – und im folgenden soll sie zugespitzt dargelegt werden – dass, wenn man sich Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland ansieht, eine Zweiteilung nicht nur in der wissenschaftlichen Literatur und im öffentlichen Diskurs, sondern vor allem auch in der Praxis deutlich wird:

- Zum einen gibt es die traditionelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die sich etwa auf die Kinderrechtskonvention (KRK) und das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) beruft und sich bis auf reformpädagogische Ansätze in den 1920er Jahren zurückverfolgen lässt.
- Zum anderen gibt es die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Agenda 21 seit der Rio-Konferenz 1992.

Traditionelle Beteiligung

Im Zentrum der ‚traditionellen‘ Jugendbeteiligung stehen Paragraph 8 des Kinder- und Ju-

gendhilfegesetzes, „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen“ und Artikel 12 der Kinderrechtskonvention „Die Vertragspartner sichern dem Kind [...] das Recht zu, [seine] Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife“.

In den vergangenen Jahren hat sich bei der Umsetzung dieser Vorgaben Einiges getan. Laut einer Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts (1999) gibt es in 38 Prozent der Kommunen Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche. Man kann allerdings noch lange nicht von einer flächendeckenden rechtlichen Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Landes- und Gemeindeverfassungen sprechen oder gar von einem flächendeckenden und auf allen politischen Ebenen wirksamen Beteiligungsangebot. Doch dies sei an dieser Stelle auch nur erwähnt, um nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, der Status quo sei befriedigend. Denn Anspruch ist, dass jede/r Jugendliche, der sich beteiligen möchte, auch die Möglichkeit dazu bekommt.

Es soll jedoch vielmehr erörtert werden, wie im Vergleich zu dieser ‚traditionellen‘ Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Beteiligung im Kontext der Agenda 21 zu sehen ist, um die Frage ‚Ist Beteiligung immer auch nachhaltig‘ im Sinne der Agenda 21 beantworten zu können.

Beteiligung im Rahmen der Lokalen Agenda 21

Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Agenda 21 steht das Agenda-Kapitel 25. Hier heißt es (25.2): „Es ist zwingend erforderlich, dass Jugendliche aus allen Teilen der Welt auf allen für sie relevanten Ebenen aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, weil dies ihr heutiges Leben beeinflusst und Auswirkungen auf ihre Zukunft hat.“

Damit geht die Agenda 21 einen Schritt weiter als etwa das KJHG oder die KRK. Während laut KJHG und der KRK Kinder und Jugendliche ‚zu beteiligen sind‘ und ‚das Recht haben sich zu äußern‘ ist die Agenda 21-Formulierung weitaus beteiligungsenthusiastischer. Beteiligung wird zum ‚zwingenden Erfordernis‘. Denn, (25.1): „[d]ie Einbeziehung der heutigen Jugend in umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse und ihre Beteiligung an der Umsetzung von Programmen ist mitentscheidend für den langfristigen Erfolg der Agenda 21“.

Kinder- und Jugendbeteiligung steht damit

nicht mehr allein im Kontext der Realisierung einer neuen Demokratie- und Bürgergesellschaft und in dem Bewusstsein, dass Kinder und Jugendliche ein unveräußerliches Recht auf Beteiligung haben, sondern zusätzlich vor dem Hintergrund, dass ohne Jugendbeteiligung diese Welt keine Zukunft hat. Dies wirft ein ganz anderes Licht auf Kinder- und Jugendbeteiligung.

Doch die Agenda 21 spricht Kinder- und Jugendbeteiligung nicht nur eine viel essentiellere Bedeutung zu, sie stellt Beteiligung auch in einen neuen Zusammenhang. Denn zentrale Anliegen der Agenda 21 sind:

- die Übernahme einer Verantwortung für die ‚Eine Welt‘ (d.h. die Entwicklung in einem Teil der Erde darf nicht auf Kosten der Entwicklung in anderen Teilen der Erde gehen)
- und gelebte Generationengerechtigkeit (d.h. gesellschaftliche Bedürfnisse dürfen nicht dadurch erkaufte werden, dass kommende Generationen ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können).

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bekommt dadurch verstärkt eine inhaltliche Dimension. Sie ist der Weg um das Ziel Nachhaltige Entwicklung zu erreichen und muss deshalb beispielsweise auch das Nachspüren sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhänge, eine Auseinandersetzung mit der Umwelt und ein ‚Sich-Einsetzen‘ für die ‚Eine Welt‘ sowie echten Generationendialog beinhalten.

Dies sind hohe Ansprüche an Beteiligung, doch dass sie keine Utopie darstellen, zeigt keiner besser als das Münchener Ökoprotjekt - MobilSpiel e.V. (www.mobilspiel.de/Oekoprojekt), auf das an dieser Stelle nur verwiesen sei.

In Deutschland stehen wir nur leider vor der Situation, dass Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen der Lokalen Agenda 21 eher die Ausnahme als die Regel ist. Laut dem ‚Lokale Agenda 21-Netzwerk Deutschland‘ (2002) sind höchstens 16% der ca. 14.200 deutschen Kommunen überhaupt aktiv mit Nachhaltigkeitsüberlegungen im Sinne der Agenda 21 befasst. Und dann ist zwar noch nicht evaluiert worden, in wie vielen lokalen Agenda 21 Prozessen Kinder und Jugendliche eingebunden sind – was an sich schon aussagekräftig ist –, doch aus unseren Erfahrungen als Nachhaltigkeitsakteure, die wir ein ganzes Jahr versucht haben Kontakte und Beziehungen zu lokalen Agenda 21-Kinder- und Jugendgruppen herzustellen, können wir sagen, dass die große Mehrzahl keine Kinder- und Jugendgruppen hervorgebracht hat. Kinder- und Jugendbeteiligung scheint eher als sporadisches Nebenprodukt, denn als essentieller Programmpunkt in die Lokalen Agenden Eingang gefunden zu haben.

Nachdem wir also ohne Erfolg versucht hatten, etablierte Lokale Agenda 21-Kinder- und Ju-

gendgruppen zu finden, versuchten wir uns mit aus der ‚traditionellen‘ Beteiligung hervorgegangenen Jugendgruppen zu verbünden und sie für Nachhaltigkeit zu interessieren. Dies scheiterte jedoch daran, dass diese zum überwiegenden Teil noch nie von der Agenda 21 gehört hatten.

Das heißt: Es gibt auf der einen Seite Jugendliche, die sich beteiligen, aber leider nichts von der Agenda 21 wissen, und auf der anderen Seite gibt es eine Lokale Agenda 21, die Jugendbeteiligung vernachlässigt.

In der Türkei verhält es sich ganz anders. Hier ist die lokale Agenda 21 zu dem Ort der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geworden. Und Kinder- und Jugendbeteiligung ohne Generationendialog und ohne eine globale oder ökologische Perspektive ist in der Türkei nicht denkbar. Dies mag allerdings sicherlich auch darauf zurückzuführen sein, dass erst mit der Agenda 21 breite Demokratisierungsprozesse einsetzten und nicht wie in Deutschland, Kinder- und Jugendbeteiligung schon vor Verabschiedung der Agenda 21, also vor 1992, Fürsprecher hatte.

Zurück aber zur Frage: Ist Beteiligung immer auch ‚nachhaltig‘ im Sinne der Agenda 21? Meiner Meinung nach Nein! Denn Nachhaltige Entwicklung meint mehr als eine breit angelegte Demokratisierungs- und Partizipationsbewegung. Sie meint auch eine Auseinandersetzung mit den Anliegen der Agenda 21 und beinhaltet darüber hinaus eine stärker fordernde Beteiligungsphilosophie, nämlich die, dass (25.1) „[d]ie Einbeziehung der heutigen Jugend in umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse und ihre Beteiligung an der Umsetzung von Programmen [...] mitentscheidend [ist] für den langfristigen Erfolg der Agenda 21“ und damit für die Zukunft dieser Welt.

Was folgern wir daraus?

Wünschenswert ist, dass in Zukunft die Agenda 21 Anliegen sehr viel stärker als bisher in traditionelle Beteiligungsmodelle auf lokaler Ebene integriert werden. Eine Verknüpfung bringt Vorteile: Die traditionellen Beteiligungsmodelle erfahren eine Aufwertung. Sie ermöglichen nicht nur wie bisher Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft aktiv teilzuhaben und den eigenen Lebensraum mitzugestalten. Sie machen darüber hinaus Kinder- und Jugendbeteiligung auch zu einem Beitrag für globale Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft. Auf der anderen Seite ermöglicht eine Verknüpfung, dass die Leitideen der Agenda 21 eine Verbreitung erfahren und dies ist unbedingte Voraussetzung für den Erfolg der Agenda 21.

Resümee

Beteiligung, die den Ansprüchen der Agenda 21 genügen will, muss beinhalten:

1. Beteiligungsangebote, die gleichzeitig Angebote der Bildung für Umwelt und die ‚Eine Welt‘ darstellen

Etwa beim Aufbau eines Spielplatzes ist neben den Interessen und Bedürfnissen der Kinder zusätzlich zu berücksichtigen und mit den Kindern zu diskutieren, was für Materialien verwendet werden, ob sie beispielsweise einen langen Transportweg hinter sich haben und wiederzuverwerten sind.

2. Horizontale und vertikale Vernetzungen von Kinder- und Jugendgruppen auf allen Ebenen

Vernetzungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene von Kinder- und Jugendgruppen soll helfen die globale Dimension des Nachhaltigkeitsgedankens zu verdeutlichen und Austausch zu fördern. Eine beispielhafte Initiative ist etwa der Global Youth Service Day. An einem Wochenende, im kommenden Jahr wird es das Wochenende vom 11. bis zum 13. April 2003 sein, werden überall auf der Welt Kinder und Jugendliche ihre Arbeitskraft im Sinne des Generationengerechtigkeitsgedankens einsetzen.

3. Die Förderung eines kontinuierlichen Dialogs zwischen den Generationen

So plant etwa der Verein Yois Deutschland, im Rahmen des Global Youth Service Day Jugendgruppen zu mobilisieren, die Angehörigen der älteren Generation ein Wochenende lang Computerkurse anbieten.

4. Eine neue Beteiligungsphilosophie, die Beteiligung als ‚zwingendes Erfordernis‘ sieht

Die ‚pädagogische‘ Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss durch konsequente ‚politische‘ Beteiligung abgelöst werden und Kinder und Jugendliche als gleichberechtigte Partner im politischen Prozess anerkannt werden.

Ist die Nachhaltigkeitsdebatte eine Diskussion der ‚Alten‘ über die ‚Jungen‘?

Abschließend noch einmal zu der Frage: Ist die Nachhaltigkeitsdebatte eine Diskussion der ‚Alten‘ über die ‚Jungen‘? Betrachtet man die Desiderata der Agenda 21 muss man mit einem ganz klaren Nein antworten: Es gibt wohl kein Dokument, das wie die Agenda 21 den Generationendialog herausstellt und die Bedeutung von Kinder- und Jugendbeteiligung hervorhebt. Doch Praxis und Theorie liegt wie so oft auch hier weit auseinander. Wir sind noch sehr weit davon entfernt, Lokale Agenden in Deutschland flächendeckend vorzufinden. Die existierenden Initiativen binden Kinder- und Jugendliche noch nicht ausreichend ein.

Eine stärkere Verknüpfung ‚traditioneller‘ Beteiligungen mit dem Agenda 21-Gedanken wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um zum einen Nachhaltigkeit verstärkt in alle Arenen der Gesellschaft einzubringen und zum anderen die Diskussionen der ‚Alten‘ über die ‚Jungen‘ zu einer Diskussion miteinander werden zu lassen.

Ina Epkenhans ist Studentin der Sozialwissenschaften in Münster, 23 Jahre alt, seit 2001 im Vorstand des Vereins Futur X – Gesellschaft für Generationengerechtigkeit e.V. und Koordinatorin des Jugendbündnisses für Johannesburg. Veröffentlichungen:

Jugendliche auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. In: kontra. 10/2002. S. 37.

Es ist unsere Zukunft über die Ihr entscheidet. In: Provo. Publik-Forum. 5/2002. S. 3-4.

Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Um was geht es? In: Fluter – Bundeszentrale für Politische Bildung. Juli/August 2002.

5. Zielgruppenkonferenz der Vertreter/innen von Städten und Gemeinden der E&C-Gebiete

"Nachhaltigkeit" – ein Qualitätsmerkmal sozialräumlicher Arbeit

12. Dezember 2002

**Heiligkreuzkirche
Zossener Str. 65
10961 Berlin-Kreuzberg**

-
- 10.30** Tagungsbüro eröffnet
-
- 11.00** Begrüßung:
Andreas Hemme, Regiestelle E&C
- 11.15** Einführender Vortrag:
Bildung für Nachhaltigkeit – Lernofferten für junge Menschen in sozialen Brennpunkten
Dr. Gregor Lang-Wojtasik, Universität Erlangen
-
- 12.15** Mittagessen
-
- 13.15** Arbeitsgruppen
- Handlungsfeld Partizipation**
Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit
Impuls:
Matthias Bartscher, Kinderbüro Stadt Hamm
Moderation: Regiestelle E&C
- Handlungsfeld Ökonomie-Ausbildung-Arbeit**
Übergänge nachhaltig schaffen
Impuls:
Heike Wolff, Ausbildungsgemeinschaft Neubrandenburg
Moderation: Regiestelle E&C
- Nachhaltigkeit im kommunalen Dialog**
Verfahren und Instrumente eines Qualitätsprozesses
Impuls:
Rolf-Joachim Heger, Stiftung SPI
Moderation: Regiestelle E&C
-
- 15.00** Kaffeepause
-
- 15.20** Ist die Nachhaltigkeitsdebatte eine Diskussion der „Alten“ über die „Jungen“?
Jugendbeteiligung im Nachhaltigkeitsprozess aus der Sicht junger Menschen
(Wir diskutieren mit, wenn über uns diskutiert wird)
Vortrag:
Ina Epkenhans, Jugendbündnis für Johannesburg
-
- 16.00** Abschlussworte und Verabschiedung
-

Teilnehmer/-innen

Grimm	Peter	Landkreis Bitterfeld	Mittelstraße 20	06749 Bitterfeld		-
Kempf	Rolf	Stadtverwaltung Heidelberg	Forum 1	69126 Heidelberg	06221-356333	rolf.kempf@heidelberg.de
Kühn	Marion	Jugendamt Neubrandenburg	Friedrich-Engels-Ring 53	17033 Neubrandenburg	0395-5552043	Mkuehn.JA@neubrandenburg.de
Becker	Michael	BA-Friedrichshain-Kreuzberg	Frankfurter Allee 35/37	Berlin	030-23244689	michael.becker@ba-fk.verwalt.de
Fischer	Horst	Stadt Siegen	Weidenauer Str. 211	57076 Siegen	0271-4042225	h_fischer@siegen.de
Ziegler	Bernd	Stadt Kassel	Obere Königstr. 8	34112 Kassel	0561-7877008	bernd.ziegler@stadt-kassel.de
Sauermann	Frank	Stadt Halle (Saale)	Schopenhauerstr. 4	06114 Halle	0345-2215661	michael.laube@halle.de
Schober	Alexander	Gemeinde Schwalbach	Ensdorfer Str. 2a	Schwalbach	0170-7388584	a.schober@schwalbach-saar.de
Lenz	Martin	Stadt Karlsruhe	Rathaus West	76133 Karlsruhe	0721-1335028	martin.lenz@sib.karlsruhe.de
Stieglbauer	Peter	Stadt Karlsruhe	Rathaus West	76133 Karlsruhe	0721-1335410	peter.stieglbauer@sib.karlsruhe.de
Rödenbeck	Eckhard	Stadt Lüneburg	Am Ochsenmarkt 1	21335 Lüneburg	04131-309318	Eckhard.Roedenbeck@stadt.Lueneburg.de
Jente	Elisabeth	Amt Lübbenau/Spreewald	Kirchplatz 1	Lübbenau	03542-85102	amt.luebbenau@t-online.de
Henkel	Joachim	Amt für Kinder, Jugend und Familie	Johannisstr. 66-80	50668 Köln	0221-22125416	joachim.henkel@stadt.koeln.de
Reuß	Thomas	Diakonisches Werk Kempten	Schwalbenweg 71	87439 Kempten	0831-5124427	stadtteilbuero.thingers@diakonie-kempten.de
Stankewitz	Manfred	Stadt Dortmund	Südwall 2-4	44122 Dortmund	0231-5025758	manfred.stankewitz@stadt.do.de
Nahuwandi	Doris	BA Frh-Kreuzberg Abt. Jugend	Frankfurter Allee 35/37	10216 Berlin	030-23244583	doris.nahawandi@ba-fk.verwalt-berlin.de
Emmelmann	Karin	Jugendamt Stadt Oldenburg	Bergstr. 25	26105 Oldenburg	0441-2352328	jugend@stadt-oldenburg.de
Schaffeld	Werner	Jugendamt Hamburg-Mitte	Billstedter Hauptstr. 12	22111 Hamburg	040-428547541	werner.schaffeld@hamburg-mitte.hamburg.de
Hinze	Gudrun	Stadtverwaltung Fontanestadt Neuruppin	Karl-Liebknecht-Str. 33	16816 Neuruppin	03391-355668	stadt-nrp@ostprignitz.de
Stickel	Jürgen	Stadtteilmanagement Neuburg/Donau	Danziger Str. 5	86633 Neuburg	08431-642820	stickel@ostend-online.de
Fietz	Claudia	Jugendamt Dresden	Riesaer Str. 7	01129 Dresden	0351-4884605	squasser@dresden.de
Saribas	Hakan	Stadt Krefeld	Von-der-Leyen-Platz 1	Krefeld	02151-863491	ali.saribas@krefeld.de
Kümmel	Volker	Kreisjugendamt Neunkirchen	Wilhelm-Heinrich-Str. 2	Neunkirchen	06824-906189	v.kuemmel@landkreis-neunkirchen.de
Severin	Uta	Ausbildungsgemeinschaft IVB e.V.	Feldstr. 3	17033 Neubrandenburg	0395-5581257	abg@nbnet.de
Lang-Wojtasik	Gregor	Universität Erlangen				gregor.lang-wojtasik@ewf.uni-erlangen.de
Petri	Friedhelm	Stadt Northeim	Scharnhorstplatz 1	37154 Northeim	05551-2610	brauerei@jugendkult-nom.de
März	Harald	Stadt Northeim	Scharnhorstplatz 1	37154 Northeim	05551-966270	-
Rose	Gerd	Jugendamtsleiter Stadt Rosenheim	Reichenbachstr. 8	83022 Rosenheim	08031-361515	g.rose@rosenheim.de

Teilnehmer/-innen

Andre	Ruth	Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern	Postfach 106022	70049 Stuttgart	0711-6375443	ruth.andre@lwh-wh.de
Geller	Jörg	Hansestadt Lübeck	Braunstr. 21-23	23539 Lübeck	0451-1225110	joerg.gellert@luebeck.de
Hofmann	Bärbel	Bürgerbüro 'Soziale Stadt'	Leipziger Str. 3	09113 Chemnitz	0371-3350520	-
Pabst	H.-W.	Jugendamt Magdeburg	Lübecker Str. 32	39124 Magdeburg	0391-5406091	-
Stolp	Anette	Stadt Chemnitz Amt für Jugend und Familie	Bahnhofstr. 53	09106 Chemnitz	0371-4885153	annette.stopl@stadt-chemnitz.de
Keese	Brigitte	Nachbarschaftshaus Camboy-Tümpelgarten	Am Tümpelgarten 21	63452 Hanau	06181-304558	ult@hanau-stadt.de
Weisleder	Hans-Georg	Stadt Osnabrück	Notrufer Torwall 2	Osnabrück	0541-3234193	weisleder@osnabrueck.de
Zohren	Heinz	Stadtjugendamt Aachen	Adalbertsteinweg 59	52058 Aachen	0241-4325132	heinz.zohren@mail.aachen.de
Gottschalk	Ingo	Landeshauptstadt Magdeburg	Kroatenwuhne 2	39116 Magdeburg	0391-540104	gottschalk@jga.magdeburg.de
Rietz	Kerstin	BA Mitte von Berlin Stadtplanungsamt	Iranische Str. 3	13347 Berlin	030-200945720	kerstin.rietz@ba-mit.verwalt-berlin.de